Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit" frei Haus für die Zeit v. 24. bis 30. August 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstr. 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 200 — Mittwoch, 27. August 1924 — 31. Jahrgang

Der Kuhhandel.

Oder: Die Polonäse auf der Hintertreppe.

S. Lübeck, 27. August.

„Vergebens spricht man viel, um zu versagen, der andere hört aus allem nur das Nein!" Also spricht Thoas zu Iphigenie.

Die Zeiten haben sich gewandelt.

Hergt ist keine Iphigenie, Stresemann und seine Freunde sind keine Thoasse. Sie hören aus allem nur das „Vielleicht doch noch!" —

Also drängt man sich an der Hintertür, die Hergt am Montag offen gelassen hat. Das ganze Bürgertum ist da versammelt, gibt seine Angebote ab und läßt die Suada seiner politischen Geschäftsreisenden — oberster commis voyageur ist Graf Lerchenfeld, ehemaliger bayrischer Ministerpräsident — fließen; denn — wie der volksparteiliche Redner Curtius am Montag wehklagte — es wäre doch zu traurig, wenn das deutsche Bürgertum sich wegen dieser Frage verneinigen würde. Was soll dann aus der Bürgerblockregierung werden, was aus dem Hochschutzzoll?

Ja, es ist überhaupt nicht abzusehen, was dann alles kommen würde. Schon prophezeit der „Lübecker General-Anzeiger" eine **Regierung Wirth-Breitscheid** als Ergebnis etwaiger Neuwahlen. Wenn das dem kranken deutschnationalen Schimmel nicht auf die Beine hilft . . .

Aber man darf ihm nicht nur Angst machen. Man muß ihm nach Fuhlemannsmethode auch eine Decke unter die Beine legen, damit er sich aufrappeln kann. Als solche sind die Entschließungen gedacht, die die Volkspartei im Reichstag eingebracht hat, und die wir weiter unten im Wortlaut veröffentlichen.

Sie sind trotz ihres wilden Klanges im Grunde recht harmlos; sie ändern nicht das geringste an der Annahme des Londoner Paktes und enthalten im Grunde nur Selbstverständlichkeiten; denn daß die Regierung auf eine möglichst schnelle Räumung der Ruhr- und der Kölner Zone hinzuwirken hat, brauchte ihr wirklich nicht der Reichstag noch ausdrücklich aufzutragen. Wir können uns jedenfalls keine Regierung vorstellen, die das nicht von sich aus täte.

Ebenso ist die Erklärung über die Schuldfrage leere Schaumschlägerei; denn weder im Londoner Pakt noch im Dawesgutachten ist die Kriegsschuldfrage auch nur mit einem Wort erwähnt.

Weniger harmlos dürften dagegen die Anerbietungen sein, die hinsichtlich einer deutschnationalen Beteiligung an der Regierung hinter den Kulissen von der Volkspartei gemacht werden. Nichts Gewisses weiß man darüber nicht, aber wir haben allen Grund, nach dieser Richtung hin sehr mißtrauisch zu sein.

Vollends lächerlich ist der klägliche Ausweg, den die „Wirtschaftliche Vereinigung" aus der Sackgasse sucht, in die sich das Bürgertum selbst hineinmanövriert hat. Dieses aus Welfen und allerhand Bauern- und Mittelstandsparteien zusammengeleimte Verlegenheitsprodukt hat den ingeniösen Einfall gehabt, einfach aus dem Eisenbahngesetz die Formel zu streichen, daß es verfassungsändernd sei. Dann kann dagegen stimmen, wem es agitorisch in den Kram paßt und der Laden klappt dann doch.

Auf eine derartige faule Schiebung werden sich unsere Genossen natürlich nicht einlassen. Entweder ein Gesetz ist verfassungändernd oder nicht; mit Buchstabenklitterung ist dabei nichts getan. Und wer einsieht, daß es angenommen werden muß, der soll dafür stimmen, oder sich anhören, was die Wähler dazu sagen.

Daß uns das letztere das Liebste wäre, brauchen wir nicht nochmals zu betonen. Unsern Gegnern ist das peinlich genug; knirschend müssen sie zugeben, daß die Sozialdemokratie in den letzten Monaten die einzige Partei war, die klar und ohne Schwanken ihren Weg gegangen ist, und daß ihre Aussichten bei Neuwahlen geradezu glänzend sind. Selbst der „General-Anzeiger", der, wie schon erwähnt, sich in Zukunftsprophezeiungen gefällt, rechnet schon heute heraus, daß sie 10 bis 20 Sitze gewinnen würde.

Aber, wenn er auch in letzter Zeit zusehends vernünftiger geworden ist — nach seinen völkisch-nationalen Krämpfen, an denen er noch im Frühjahr litt, bedeutet seine gegenwärtige volksparteiliche Haltung immerhin schon einen Uebergang zur Vernunft — so weit ist er doch noch nicht, daß er der Sozialdemokratie solch glänzende Zukunft prophezeien könnte, ohne eine kleine Gehässigkeit daran zu hängen.

So läßt er sich von seinem Berliner Korrespondenten (von dem übrigens auch die Prophezeiungen stammen) erzählen, in der Sozialdemokratie hätten sich „allerlei Regungen bemerkbar gemacht, wonach aus innerpolitischen Gründen die Fraktion ablehnen sollte, um auf diesem Wege eine Neuwahl unbedingt herbeizuführen."

Lieber General, wer hat dir denn diesen Bären aufgebunden? Gegen ein Gesetz stimmen, dessen Annahme man sachlich vertritt, das mag volksparteiliche Taktik sein, die Sozialdemokratie hat ihre Hände noch nie auf diese Weise beschmutzt und sie wird es auch nicht tun.

Sie geht ihren geraden Weg und sie wird siegen!

*

Die Anträge der Volkspartei.

Berlin, 26. August.

Von der Deutschen Volkspartei ist im Reichstag ein Antrag eingegangen, **der in das Mantelgesetz über den Londoner Vertrag folgenden Paragraph 3e** einfügen will:

Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Sachverständigengutachtens nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken:

a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Versailler Vertrages bezeichnete Grenze hinaus besetzt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls vor dem 15. August 1925 geräumt werden;

b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von englischen Kronjuristen als notwendig anerkannt wurde;

c) daß Sicherung dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. 6. 19 für die Befugnisse der Besetzungsbehörden gezogene Grenze nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande in dem Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschmälert werden.

*

Berlin, 27. August. (Radio.)

Der Antrag der Volkspartei über die Schuldfrage, dessen Zweck ist, den Deutschnationalen den Weg zum Umfall zu ermöglichen, hat folgenden Wortlaut:

„Das deutsche Volk erklärt durch seine berufenen Vertreter, daß die Annahme der Vereinbarungen der Londoner Konferenz und des ihnen zugrunde liegenden Sachverständigengutachtens keine Erneuerung des Anerkenntnisses der Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeutet. Das deutsche Volk erhebt vielmehr bei dieser Gelegenheit erneut feierlichst Einspruch gegen das im Vertrage von Versailles über die Entstehung des Weltkrieges gefällte Urteil, das den geschichtlichen Tatsachen in keiner Weise entspricht. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, jede Gelegenheit zu benutzen, im Rechtsverfahren zum Ausdruck zu bringen: Das deutsche Volk erwartet, daß nunmehr auch die andern am Weltkriege beteiligt gewesenen Völker der Wahrheit Raum geben, damit eine dauerhafte Grundlage für eine wirkliche Verständigung und eine friedliche Zusammenarbeit geschaffen werden kann."

Londoner Diktat und Londoner Abkommen.

Die Lasten aus den Sachverständigenplänen sind schwer. Vielleicht erweisen sie sich im Laufe der Jahre als untragbar. Bei der Beurteilung darf aber nicht vergessen werden, daß die finanziellen Verpflichtungen, die Deutschland bisher gegenüber der Entente übernommen hat, noch härter sind. Noch ist das Londoner Diktat aus dem Frühjahre 1921 in Kraft. Seine Ausführung ist durch den Ruhrkampf nur unterbrochen, aber es bleibt bestehen, wenn nicht das neue Londoner Abkommen an seine Stelle tritt.

Der Londoner Zahlungsplan aus dem Jahre 1921 sieht eine Schuld von 132 Milliarden vor und bestimmt, daß sie mit 5 vom Hundert verzinst und mit 1 vom Hundert getilgt wird. Es steht weiter im Londoner Zahlungsplan, daß vorerst eine Jahressumme aufzubringen ist, die zwei Milliarden und 26 vom Hundert des Wertes der Ausfuhr beträgt. Diese 26 vom Hundert wurden im Jahre 1921 auf Grund des Ausfuhrwertes von 1920 in Höhe von rund 5 Milliarden auf 1,3 Milliarden Goldmark berechnet. Also im ganzen waren die damaligen Jahreslasten aus dem Londoner Zahlungsplan 3,3 Milliarden. Der Londoner Zahlungsplan begnügt sich aber damit nicht, sondern es ist ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn die Verhältnisse sich bessern, die gesamte Summe von 132 Milliarden mit 5 Prozent verzinst und getilgt wird. Der große Besserungsschein, der im Londoner Zahlungsplan liegt, besteht darin, daß sich mit dem Steigen unserer Ausfuhr natürlich auch unsere Leistungen erhöhen. Wenn die Friedensausfuhr von rund 10 Milliarden wieder erreicht wird, was durchaus nicht unmöglich ist, hätten allein die 26 vom Hundert Ausfuhrabgabe 2,6 Milliarden Goldmark jährlich betragen. Das Sachverständigen-Gutachten hat diesen Besserungsschein nach der Ausfuhr abgelehnt, da er ein zu einseitiges Merkmal der Besserung der Wirtschaft sei. Statt dessen haben sie einen Wohlstandsindex eingesetzt, der aus den verschiedensten Faktoren der Wirtschaft errechnet wird.

Neben den Jahresleistungen nach dem Londoner Zahlungsplan, also den 3,3 Milliarden, stehen nach der ursprünglichen Regelung die sämtlichen anderen deutschen Verpflichtungen, die sich aus dem Versailler Vertrag ergeben: Die sämtlichen Besatzungskosten, die sämtlichen Leistungen für die interalliierte Kommission, die sämtlichen Leistungen aus den Friedensvertragsabmachungen über Elsaß-Lothringen, Polen usw. Diese Leistungen machen im Gesamtbetrage nach den bisherigen Erfahrungen jährlich rund eine Milliarde aus, sodaß die Gesamtleistungen auf der Grundlage des Versailler Vertrages und des Londoner Zahlungsplanes rund 4,3 Milliarden im Jahre ausmachen.

Demgegenüber steht das Londoner Abkommen auf Grund des Sachverständigenberichtes eine zunächst höchste Belastung von 2,5 Goldmilliarden vor, die aber in stufenweisem Ansteigen erst in fünf Jahren erreicht wird. In dieser Summe sind alle Lasten einbegriffen, auch die Besatzungskosten. Das ist besonders wichtig, weil infolgedessen die Entente ein finanzielles Interesse gewinnt, die Besatzung im Rheinlande zu verringern.

Das Londoner Abkommen enthält auch weitgehende Kontrolle über die deutsche Verwaltung, aber ein Irrtum ist die Annahme, daß hier Verschlechterungen vorliegen. Auch jetzt schon sind die Ueberwachungsbefugnisse des Garantiekomitees außerordentlich weittragend und betreffen beispielsweise die Kontrolle der Zölle und Ausfuhrabgaben, ferner die allgemeine Kontrolle nicht nur sämtlicher Einnahmen, sondern auch der Ausgaben. Fast unbekannt ist, daß zwei Vertreter des Garantiekomitees bei dem Reichsfinanzministerium besonders akkreditiert sind. Diese Kontrolle ist durch den Ruhrkampf unterbrochen, aber keineswegs dauernd aufgehoben worden.

Vergleicht man die bisher geltende mit der Kontrolle, die nach dem Inkrafttreten des Londoner Abkommens geübt werden wird, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Der Ententekommissar erhält, wie bisher schon das Garantiekomitee, monatliche Nachweisungen über die Einnahmen an den künftig verpfändeten Steuern und erhält das Recht, Einsicht in die Rechnungsunterlagen zu nehmen. Der Ententekommissar erhält, fast genau in der gleichen Weise wie bisher, die einschlägigen Gesetz- und Verordnungsentwürfe zugleich mit dem Reichsrat. Der Kommissar steht, wie bisher die Vertreter des Garantiekomitees, in ständiger Fühlung mit dem Ministerium und kann jede ihm nützlich erscheinende Auskunft verlangen. Er und seine Vertreter dürfen in Begleitung deutscher Beamten auch Dienstreisen zur direkten Erlangung dieser Auskünfte machen.

Es ist notwendig, diese Vergleiche zu treffen, nicht, um die Härte des Londoner Abkommens zu verschleiern, sondern um darzulegen, daß sie keineswegs eine Ungeheuerlichkeit sind gegen die Lasten und Bedingungen, die wir bisher schon als Fluch des verlorenen Krieges auf uns nehmen mußten.

Herriots endgültiger Sieg.

Vernichtende Niederlage Poincares im Senat.

Paris, 27. August. (Radio.)

Auch der französische Senat hat am Dienstag in später Abendstunde die Ergebnisse der Londoner Konferenz gutgeheißen und mit 204 gegen 40 Stimmen gebilligt.

Der neue parlamentarische Erfolg, den Herriot damit zu buchen in der Lage ist, ist noch größer als der in der Kammer, weil diesmal nicht nur die Linke, sondern auch ein großer Teil der Minderheit für die Regierung gestimmt hat, obgleich Poincare selbst in einem mehr als fünfstündigen Exposé an den Beschlüssen der Londoner Konferenz trotz der von ihm angekündigten Objektivität kein gutes Haar gelassen hat. Die Auseinandersetzung, zu der es darüber zwischen Herriot und seinem Vorgänger gekommen war, hatte sich im Laufe der Sitzung zu einem Duell von höchster Leidenschaftlichkeit gesteigert und Herriot, der die Argumente und Schikane seines Vorgängers mit unerbittlicher Logik zerpflückte, hat am Dienstag vielleicht den größten Triumph seiner politischen Karriere davongetragen. Zur besonderen Leidenschaftlichkeit steigerte sich die Diskussion, als Herriot nicht anstand, Poincare zum Vorwurf zu machen, daß **die Verhandlung, die dieser im Jahre 1922 in London über die Regelung der Reparationen geführt habe,**

nichts als eine Fassade

gewesen sei und daß die Besetzung der Ruhr bereits im August im Kabinett beschlossene Sache gewesen sei. Der Ministerpräsident, so sagt „Ere Nouvelle", der in der ersten Auseinandersetzung mit Poincare vor seiner Abreise nach London den Unterschied der Politik von gestern und heute nicht allzu brüsk hatte ziehen wollen, hat gestern zum ersten Male mit voller Klarheit und Deutlichkeit diesen Unterschied ausgesprochen. Jede Zweideutigkeit ist nunmehr beseitigt. Das Ruhrabenteuer ist beendigt zu Ehren Frankreichs, dank der Entschiedenheit eines republikanischen Ministers, der zu unterscheiden verstanden hatte zwischen dem, was das wirkliche Interesse des Landes erfordert und dem, was lediglich auf das Konto der Eigenliebe eines Mannes zu setzen war.

Schlägerei im Reichstag.

Berlin, 27. August. 1 Uhr mittags. (Durch Telephon.)

Im Reichstag hat sich soeben ein äußerst beklagenswerter Zwischenfall abgespielt. Die Kommunisten stellten den Antrag, die Amnestiefrage schleunigst zu erledigen. Der Demokrat Brodauf widersprach dem und verhinderte dadurch die Behandlung der Angelegenheit. Wütend darüber stürzte sich der Kommunist Grube auf Brodauf. Bald war eine allgemeine Schlacht zwischen Kommunisten und Demokraten im Gange, bei der besonders der Kommunist Eppstein böse zugerichtet wurde.

Um Deutschlands Zukunft.

Fortsetzung der Reichstagsdebatte.

Berlin, 26. August.

SPD. Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung steht die **zweite Beratung der Gutachten-Gesetze.** Als erster Diskussionsredner erhält das Wort

Abg. Keil (Soz.):

Die Wurzeln der Zerstörung der deutschen Währung liegen in der Kriegsfinanzpolitik. Keine Stimme von rechts ist damals laut geworden, als wir die falsche Etatswirtschaft während des Krieges anfochten und forderten, daß Deutschland die Kriegskosten aus Steuern decken solle. Man verließ sich damals darauf, daß man am Ende des Krieges den Gegnern die Rechnung präsentieren würde. Nach Beendigung des Krieges wurde das Spiel in anderer Form fortgesetzt. Die Nationalversammlung schuf **ein umfassendes neues Steuerwerk,** um die Mark zu retten und den Etat zu balanzieren. Kaum aber war dies Steuerwerk beschlossen, da setzte im neugewählten Reichstag von 1920 der Sturm gegen diese Gesetze ein. Helfferich begann seine parlamentarische Tätigkeit mit einer Rede, in der er behauptete, das Steuerwerk zermalme den deutschen Großbesitz. Ich weiß nicht, ob es jemand gibt, der glaubt, daß der deutsche Großbesitz zermalmt worden ist. Stück für Stück

wurde das Steuerwerk der Nationalversammlung abgebaut

mit der Begründung, daß der bedrohte Mittelstand die Lasten der Steuersätze nicht tragen könne. Für den großen Besitz war noch die angenehme Nebenwirkung verbunden, daß er die Summen, die dem Mittelstand geraubt wurden, in seinen Händen vereinigte. Die Vertreter der Kreise, die aus der Inflation Gewinne gezogen haben, sollten sich hüten, die Sanierung der Währung zu erschweren, weil sie sich sonst dem Verdacht aussetzen, daß sie die Inflation erneuern wollen.

Wir handeln im Interesse der Erwerbstätigen, wenn wir mit allen Kräften einer neuen Inflation uns widersetzen.

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten denken mit Schrecken an das Jahr der inflationistischen Hochflut von 1923. Sie sind von der Papiergeldflut an den Rand der Verzweiflung getrieben worden. Wenn die Kommunisten sagen, am Elend der Arbeiterschaft habe sich mit der Stabilisierung nichts geändert, so ist daran so viel wahr, daß die Löhne und Gehälter immer noch im krassen Mißverhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen. Trotzdem behaupte ich: Es gibt keinen denkenden Arbeiter in Deutschland, der sich zurücksehnt nach der Zeit der Inflation. Vom Standpunkt der organisatorischen Machtstellung der deutschen Arbeiterbewegung ist **die Inflation dreifach zu verfluchen.** Der leistet der Arbeiterschaft den schlechtesten Dienst, der die Arbeiter mit geschwollenen Redensarten der Gefahr aussetzt, aufs neue in einen Zustand der organisatorischen Ohnmacht zu geraten.

Die kommunistische Rednerin hat uns gestern die Koalition mit Rußland angeboten. **Wir Sozialdemokraten begrüßen jede vernünftige Wirtschaftsverbindung mit Rußland;** daß uns aber die Koalition mit Rußland alsbald die Sicherung der Währung bringen würde, erscheint uns ebenso zweifelhaft, wie daß sich die anderen Mächte durch eine solche Koalition bewegen lassen würden, auf die Reparationsansprüche gegen Deutschland zu verzichten. Tun sie das aber nicht,

dann würde das Ende vom Liede ein deutsch-russischer Koalitionskrieg gegen die Ententemächte sein, geführt auf deutschem Boden.

Ob die Kommunisten einen solchen Krieg wünschen, weiß ich nicht, aber das weiß ich gewiß, **daß die deutsche Arbeiterschaft sich dafür bedankt,** schon deshalb, weil am Ende dieses Krieges nichts anderes stünde, als die völlige Vernichtung des Deutschen Reiches, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung, als Tod und Verderben der deutschen Arbeiterschaft. (Lebh. Zustimmung der Soz.) Aus diesen Gründen treten wir auf den Boden dieser Gesetzesvorlage. Wäre Deutschland vollkommen frei, könnten wir nach Belieben diese mit der Entente vereinbarten Vorlagen ändern, so hätten wir manche Wünsche auf Aenderung vorzubringen. In der Zwangslage, in der wir nun leider sind, müssen wir uns abfinden mit den Grundzügen der Gesetzentwürfe. Zu begrüßen ist dabei, daß das Bankgesetz die starke Deckung von 40 Prozent der Noten vorschreibt, wovon drei Viertel in Gold vorhanden sein muß, ein Viertel in Devisen vorhanden sein kann. Wir begrüßen die scharfen Vorschriften zur Innehaltung dieser Deckung, wir begrüßen, daß ausschließlich die Reichsbank zur Ausgabe von Banknoten in Deutschland ermächtigt sein wird. Es wäre wenig dagegen zu sagen, wenn die Rechte zur Notenausgabe der vier Privatnotenbanken in Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden aufgehoben würden, da diese Banken doch nur Noten zu 50 Mark ausgeben dürfen, die bei der Lohnzahlung und im kleinen Zahlungsverkehr nicht verwendet werden können, im großen Zahlungsverkehr über die Landesgrenzen hinaus aber nur mit größten Schwierigkeiten anzubringen sind.

Das Münzgesetz sieht die Ausprägung von Goldmünzen von 10 und 20 Mark, von Silbermünzen zu 1 bis 10 Mark vor. Eine gesunde Finanzpolitik wird Sparsamkeit mit der Ausprägung von Goldmünzen vorschreiben. Die Gestaltung der künftigen Münzen soll vom Reichsfinanzminister bestimmt werden. **Wir bitten ihn, sich dabei zu erinnern der Verfassungsbestimmung, daß das Deutsche Reich eine Republik ist.** (Lebhafte Zustimmung links.) Abg. Wulle hat gesagt, kein Volk der Welt habe jemals freiwillig ein solches Dokument unterschrieben. Diese Freiwilligkeit ist nur zu verstehen, wenn man sich **die Zwangslage** vergegenwärtigt, in **der das deutsche Volk sich dank der Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung befindet.** Wir beschreiten diesen Weg, weil nur so die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir uns seit Jahren befinden, und die von Jahr zu Jahr gewachsen sind, überwunden werden können. Wenn die Kommunisten uns raten, wir sollten durch Vereitelung der Zweidrittelmehrheit die Auflösung des Reichstages, die wir von Herzen wünschen, erzwingen, so können wir zu unserem Bedauern von diesem Ratschlag keinen Gebrauch machen.

Wir müssen es den Kommunisten überlassen, wie man es macht, ein Gesetz zum Scheitern zu bringen, für dessen Annahme man hinterher von den Wählern den Kampf aufzunehmen entschlossen ist.

Eine derartige Taktik mögen vielleicht die kommunistischen Wähler verstehen, der einfache Menschenverstand kann es nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer seine Hoffnung auf neue Katastrophen setzt, wer glaubt, daß Glück und Wohlfahrt des deutschen Volkes davon abhängen, daß das deutsche Volk noch einmal durch ein Meer von Blut geht, der mag gegen diese Gesetze stimmen! Wir stimmen den Gesetzen zu, weil wir überzeugt sind, daß wir dem arbeitenden deutschen Volk nur dienen können durch eine mit den harten Tatsachen rechnende Politik der klaren Vernunft. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Lemmers (Ztr.): Es unterliegt keinem Zweifel, daß der deutsche Wirtschaftskörper unter Blutleere leidet. Das neue Blut, das neue Kapital, muß durch Kredite beschafft werden. Langfristige Kredite bekommen wir nur, wenn das Vertrauen zu geordneten innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland zurückkehrt. Die Wirtschaft ist sich der Konsequenz der Belastung durch das Industriegesetz bewußt.

Abg. Katz (Komm.): Ob der Reichstag das Gutachten annimmt oder nicht, der deutschen Wirtschaft ist ein Ausweg aus der Unklarheit durch das ausbeutende Weltkapital nicht mehr gegeben. Die zu schaffende Zentralbank gibt der amerikanischen Kapitalisten- und Spekulantenbande freie Hand über das deutsche arbeitende Volk.

Abg. Dr. Kulenkampff (D. Vpt.): Eine Ablehnung der Bankgesetze und ein Weiterarbeiten mit der Rentenmark ist unmöglich. Zunächst hat noch niemand etwas Besseres vorgeschlagen, was man an ihren Platz setzen könnte. Die 800 Millionen landwirtschaftliche Kredite sollen anstatt in drei Monaten in drei Jahren zurückgezahlt werden. Das ist doch ein nicht zu übersehender Vorteil für die Landwirtschaft.

Abg. Feder (Natsoz.): Die deutsche Regierung quittiert jeden Fußtritt mit einem verbindlichen Lächeln. In London ist die deutsche Schuld am Kriege, an die niemand mehr glaubt, in deutsche Kriegsschulden verwandelt worden. Es gibt nur einen Herrn der Welt heute: das große Leihkapital. Der Reichsbankpräsident hat eine ganz unzweideutige Bestechung erhalten: Er ist zum Präsidenten der Goldnotenbank ausersehen worden. (Unruhe in der Mitte.) Ich warne die Minister bei Vermeidung einer späteren Anklage wegen Hochverrats, die deutsche Finanz- und Verkehrshoheit auch noch preiszugeben, nachdem man schon die Gebiets- und Verkehrshoheit aufgegeben hat.

Reichswirtschaftsminister Hamm: Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, das starke Verdienst anzuerkennen, das Reichsbankpräsident Dr. Schacht an der Aufrechterhaltung der Währung hat. Ihm ist es im Verkehr mit den Sachverständigen gelungen, auch für die Neu- und Umgestaltung des Kredit- und Bankwesens wertvolle Bürgschaften zu erlangen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, irgendeines der Gesetze, die auf Grund des Sachverständigengutachtens jetzt dem Parlament vorliegen, dem Volke etwa als eine besondere Errungenschaft anzupreisen. Sie will aber andererseits dem deutschen Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß sich auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse anbahnen könne. Keine Rede kann davon sein, daß die Deutsche Reichsbank dem Ausland ausgeliefert wird.

Abg. Graf Bernstorff (Dem.): Es ist das Beste, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme der Gutachtengesetze zu kommen, was eine nationale Notwendigkeit ist.

Bei der zweiten Beratung der

Vorlagen über die Industriebelastung

empfiehlt Abg. Schneider (D. Vpt.) einen Antrag wonach im Gegensatz zu dem Reichsratsbeschluß auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in den Kreis der Belasteten einbezogen werden sollen, ebenso diejenigen Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten.

Vizepräsident Dr. Bell erteilt nachträglich dem Nationalsozialisten Abg. Feder einen Ordnungsruf wegen seiner unerhört schweren Beleidigung der Reichsregierung und des Reichsbankpräsidenten.

Abg. Lejeune (Dntl.) lehnt die Vorlagen ab. Die Substanz der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mit den Lasten aus dem Versailler Vertrag belegt werden.

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und in Haft befindlichen Abgeordneten zur Abstimmung zuzuziehen, kann nicht behandelt werden, da Widerspruch erfolgt.

Abg. Toni Sender (Soz.):

Das Dawes-Abkommen ist weiter nichts als die Durchführung der Lasten des verlorenen Krieges.

Es hätte in unserer Macht gelegen, aus eigener Kraft diese Zwangsgesetze zu verhüten.

Aber die Rechte hat dabei versagt. Durch die Bevorzugung eines feindlichen Diktats anstatt der Verständigung gibt die Rechte die letzten Reste ihres schönen Germanenstolzes preis. (Stürmische Heiterkeit.) Die öffentlichen Betriebe müssen von der Belastung befreit werden, um ihnen die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht zu erschweren. Das überraschendste war die Stellungnahme der Kommunisten im Ausschuß zum Industriebelastungsgesetz, wofür die Rechte ihnen ihren Dank ausgesprochen hat. Die Arbeiterschaft wird es allerdings nicht verstehen,

daß die Kommunisten sich schützend vor die Inflationsgewinne der Industrie stellen. Sie gehören nunmehr wirtschaftlich auf die rechte Seite dieses Hauses.

(Lärm bei den Kommunisten.)

Wir brauchen nicht halbe Lösungen, nicht Redensarten, sondern ganze Maßnahmen. Die Kommunisten schlagen uns doch nichts Brauchbares vor. (Abg. Höllein: Bündnis mit Rußland!) Alle diejenigen, die jetzt nicht helfen, eine neue Inflationsperiode zu verhindern, tragen zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter bei. Auch die Freilassung der politischen Gefangenen verhindern sie durch die Ablehnung der Vorlage. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Verantwortung dafür werden wir den Kommunisten und allen anderen das Abkommen ablehnenden Parteien nicht abnehmen. Die Regierung ersuchen wir, die Erklärung, die der Außenminister im Ausschuß abgegeben hat, daß bei Annahme des Gutachtens

die Amnestie für die politischen Gefangenen

auch auf das unbesetzte Deutschland ausgedehnt werden soll, im Plenum zu wiederholen, damit die Folgen einer Ablehnung im Volke bekannt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koenen (Komm.): Die Industrie wird die ihr auferlegten Lasten auf die Preise schlagen. Lohndruck und Erhöhung der Arbeitslosenziffer wird die weitere Folge sein. Die Gutachtengesetze, dieser Sklavenhaltervertrag, sind für uns ein nationaler Verrat. Die Stabilisierung der Wirtschaft ist tatsächlich Stabilisierung des Elends, der Lohndrückerei, der Hungerleiderei. Und zu alledem gibt Toni Sender und die SPD. enthusiastisch ihre Zustimmung. Besser die Revolution, als die Hölle! (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. Schröder (Natsoz.) schließt sich den Ausführungen des kommunistischen Vorredners an. Die sogenannte Industriebelastung werde die deutsche Arbeiterschaft zu Sklavendiensten für das internationale Kapital zwingen.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist inzwischen ein Antrag eingegangen, wonach auch zur Annahme des Reichsbahngesetzes die einfache Mehrheit genügen und die Einleitung des Gesetzentwurfs entsprechend geändert werden soll.

Abg. Dr. Becker (Dt. Vp.): Die eigenartige Uebereinstimmung zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten läßt beinahe auf eine organisatorische Verbindung schließen.

Drückt Herr Katz auf den Knopf, dann kommt der Beifall von den Nationalspezialisten und umgekehrt.

Die Herren von der Industrie, die im Reichsverband vereinigt sind, haben sich einmütig für die Annahme der Vorlagen ausgesprochen. Halten Sie diese Leute etwa für dumm, Herr von Graefe? Diese Industrieführer sind gewillt, die größten Opfer zu bringen. Wir nehmen die Vorlagen an, weil wir zurzeit nichts Besseres setzen.

Damit schließt die Aussprache über die Industrievorlagen.

Es folgt dann die Besprechung der drei Gruppen der Vorlagen des Reichsbahngesetzes und des Reichsbahnpersonalgesetzes.

Abgeordneter Schumann (Soz.) verwahrt seine Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterverrates. Die Sozialdemokraten seien nicht verantwortlich für die Entwicklung der Dinge, sie seien aber nicht unverantwortlich genug, die Dinge laufen zu lassen und auch die Interessen der Arbeiterschaft durch Ablehnung der Londoner Abmachungen zu schädigen. Um 9 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vormittags vertagt.

Die Hungerzollvorlage.

Minister oder Rittergutsbesitzer?

Der Beschluß des Reichskabinetts, die Vorlage über die Einführung von Schutzzöllen und die Ermäßigung der Umsatzsteuer dem Reichstage noch in dieser Sitzungsperiode zur Beschlußfassung vorzulegen, ist, wie man erfährt, durchaus nicht einmütig gefaßt worden. Eine starke Minderheit vertrat mit politischen und wirtschaftlichen Gründen den Standpunkt, daß es gegenwärtig nicht angängig sei, durch diese Vorlage die Gegensätze im Volke noch weiter zu verschärfen.

Der eifrigste Dränger für die sofortige Einbringung der Schutzzollvorlage ist der Reichsernährungsminister Graf Kanitz. Seine bisherige Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Partei macht das gewiß erklärlich. Der Reichsernährungsminister Graf Kanitz aber ist, wie in diesem Zusammenhang doch bemerkt werden muß, nicht nur Minister, sondern auch Rittergutsbesitzer.

Von den Getreidezöllen haben aber die Großagrarier den größten Nutzen. Je größer der Besitz, um so größer die Menge des zum Verkauf gelangenden Getreides, um so größer also auch der Profit. Zu diesen Glücklichen gehört auch der Reichsernährungsminister Graf Kanitz. Der jetzige Minister Graf Gerhard Kanitz ist der Sohn des alten Grafen Hans Kanitz, der seinen beiden Söhnen die Rittergüter Medniken mit 922 Hektar, Tüngen mit 457 Hektar, Podangen mit 958 Hektar und das Vorwerk Maulfritzen mit 218 Hektar, insgesamt also über 10 000 Morgen hinterließ. Dazu hat Graf Gerhard Kanitz durch seine Heirat noch weiteren Landzuwachs erhalten. Denn seine Frau ist eines der vier Kinder des 1922 verstorbenen Grafen Tiele-Winckler, der es schon vor dem Kriege auf 175 000 Morgen gebracht hatte. Graf Gerhard Kanitz wird also wohl heute zu den zehn oder zwanzig größten Latifundienbesitzern in Deutschland gehören.

Wir meinen, es könnte dem Herrn Reichsernährungsminister Grafen Kanitz nicht schaden, wenn er die Oeffentlichkeit vor dem Eindruck bewahren würde, als ob der Rittergutsbesitzer Kanitz über den Minister Kanitz siegen würde. Wir selbst haben keine Veranlassung, eine solche Annahme auszusprechen, obwohl wir sicher sind, daß ein sozialdemokratischer Minister, wenn er sich in der gleichen Lage befinden würde, mit den stärksten Vorwürfen der Rechtspresse überhäuft würde.

Kommunistischer Blödsinn — Kapitalistisches Schmunzeln.

SPD. Die Kommunisten kämpfen gegen das Sachverständigengutachten Hand in Hand mit den Deutschnationalen und Deutschvölkischen. Sie sind die eifrigsten Förderer des der Arbeiterbewegung so ungeheuer gefährlichen Nationalismus, sie sind zugleich aber auch die Schrittmacher der kapitalistischen Reaktion und die Förderer des kapitalistischen Profits auf Kosten der Arbeiterklasse.

Bei den Beratungen, die am Dienstag im Reichstag über die Belastungen der Industrie durch das Sachverständigengutachten stattfanden, trat das deutlich zutage. Die Kommunisten kämpften gegen diese Belastung der Industrie und wurden dafür öffentlich von einem **der ausgesprochensten Vertreter der Schwerindustrie,** dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Hessen, belobt. Dr. Becker-Hessen erklärte u. a. wörtlich:

„Ich haben nicht die Absicht, mich in den häuslichen Streit zwischen den Kommunisten und der Sozialdemokratie einzumischen. In beiden Gruppen sind so streitbare Kämpen und Kämpinnen, daß sie sich jede Unterstützung schon mit Rücksicht darauf verbitten würden, weil es nach außen hin den Eindruck machen würde, als seien sie selbst nicht stark genug, den Kampf auszufechten. Ich unterstütze Frau Sender gar nicht, sondern kämpfe gegen Frau Sender. Ich unterstreiche noch einmal, was Herr Koenen heute wiederholt konstatiert hat — auch Herr Katz hat heute davon gesprochen: Jede derartige Belastung müsse die Exportfähigkeit unserer Industrie mindern. Daran ist gar kein Zweifel; das ist eine rein kapitalistische Auffassung. Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten, das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen. Herr Koenen ist auch mein Kronzeuge für unsere Auffassung, daß Steuern bis zu einem gewissen Grade abgewälzt werden müssen. Ich werde, wenn wir demnächst über neue Steuergesetze beraten, hoffentlich Herrn Koenen genau in derselben Weise auf meiner Seite finden, wie es der Fall war. Ich gehe nun nicht einmal so weit wie Herr Koenen. Das würde ja bedeuten, daß man jede hohe Steuer bekämpfen muß, weil sie die Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, weil sie den Inlandsmarkt umso viel weniger aufnahmefähig macht, weil sie die Preise in die Höhe treibt und wie all die hübschen Ausführungen der Kommunisten lauten."

Dr. Becker hat vollkommen recht: um das Sachverständigengutachten zu bekämpfen, unterstützen die Kommunisten die Kapitalisten und untergraben den Kampf der Arbeiterklasse für eine gerechte Verteilung der Lasten. Auch hier also erweisen sie sich als die schlimmsten Feinde der deutschen Arbeiterschaft!

Aus den Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenz.

Kolonialfragen.

Bern, 27. August. (Radio.)

Auf der interparlamentarischen Konferenz forderte am Dienstag bei der Debatte über die Kolonialdebatte der deutsche Vertreter Schnee eine Revision des jetzigen Mandatssystems. Der Völkerbund solle die Ausübung des Mandats durch die einzelnen Staaten überwachen. Die Mandatkolonien dürften nicht militarisiert werden. Bergmann, Schweden, fordert Maßnahmen zur Abwehr der Einfuhr von Alkohol und Betäubungsmitteln. Montel, Frankreich, sprach sich anerkennend über die deutsche Kolonisationsarbeit aus, worauf die Anträge zu diesem Thema einer Kommission übergeben wurden.

*

Eine vernünftige Forderung.

Bern, 26. August.

Die interparlamentarische Union nahm am Dienstag eine Entschließung an, in der als das sicherste Mittel für die internationale wirtschaftliche Solidarität die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern durch Unterdrückung aller gegenwärtigen Hemnisse bezeichnet wird. Sie verlangt die Beseitigung des Paßzwanges oder wenigstens der Visen. Sie verlangt ferner den Abschluß von Handelsverträgen mit der Zusicherung der gleichen Behandlung der Waren aller Nationen durch die Verkehrstarife auf dem Eisenbahn- und Wasserwege. Eine einheitliche Klassifikation der Waren durch die Frachttarife aller Länder werde den internationalen Verkehr erleichtern.

Paris, 25. August. Der rheinische Kommunistenprozeß vertagt. Wie die „Humanité" mitteilt, hat Ministerpräsident Herriot im Einverständnis mit dem Kriegsminister Befehl gegeben, daß der Prozeß gegen die Kommunisten im Rheinland, der am 28. August in Wiesbaden zur Verhandlung kommen sollte, auf unbestimmte Zeit vertagt werden soll.

Matteottis Begräbnis.

Rom, 22. August.

Man hat es eilig gehabt, Matteotti zu begraben, furchtbar eilig. Zwei Monate hat er ohne Grabstätte bleiben können, den Raubtieren preisgegeben und den noch schlimmeren Menschen, aber dann mußte er schnell in die Grube, ganz schnell in der Nacht mußte er fort aus dem kleinen Friedhof von Riano, ein sausendes Automobil mußte ihn noch einmal verschleppen, von Karabinieren eskortiert: nur schnell mußte es gehen, ganz schnell, denn die Angst vor der Leiche überwog alles: Menschlichkeit und Vernunft, Anstand und Würde.

Es muß etwas Furchtbares sein um diese panische Angst, die für die Regierung von dem Toten ausging. Für Mussolini und die Seinen schien diesmal ihr Höchstes auf dem Spiel zu stehen, ihre Machtstellung, die der Ermordete bedrohte, unerbittlich, wie sie der Lebende bedroht hat. Also, schnell fort mit der Leiche, damit sich nicht die unübersehbaren Massen um sie scharten, die nach Millionen zählende Menge derer, die unendliches Erbarmen bewegte, über die Qual dieses Endes, unendliche Dankbarkeit für die Größe dieses Bekenntnisses, unendlicher Abscheu für die feige Niedrigkeit dieses Verbrechens.

Das Volk Italiens sollte es nicht wissen, daß ein nächtlicher Schnellzug die Ueberreste Giacomo Matteottis nach langem Herumirren heimwärts brachte; es sollte es nicht wissen, denn sonst wären alle Blumen des Landes auf die Schienen gestreut worden, aus den einsamsten Flecken wäre man zur Bahn gepilgert, um den Zug mit dem Toten zu ehren, Männer, Frauen und Kinder hätten am Wege gekniet, segnend und verwünschend. Aber die, gegen die sich die Verwünschungen richteten, haben Angst gehabt, Angst vor dem Toten und seiner Forderung an die Lebenden. So hat man die Leiche durch Italien gehetzt, in dem törichten Wahn, sie loszuwerden, wenn man nur schnell den Grabstein über sie senkte!

So hat die Regierung zum zweitenmal „die Füße angestemmt", wie die vornehme Formel Mussolinis lautet. Und es ist vorzüglich gelungen, ein polizeitechnischer Triumph: man hat rote Schleifen beschlagnahmt mit unpassenden Inschriften, bei einem Haar hätte man es sogar fertig gebracht, die sozialistischen Abgeordneten, die die Leiche begleiten sollten, von der Abänderung der Stunde der Abfahrt erst zu benachrichtigen, nachdem der Zug fort war, Matteotti ist als ein Namenloser das letztemal durch Italien gereist.

Die Regierung lachte sich ins Fäustchen, daß alles „so gut geklappt hat". Ihren Leuten fehlt eben die Möglichkeit, auch nur einen Augenblick zu begreifen, daß sie in diesen Tagen trotz ihres Rasselns mit Waffen und Knebeldekreten dem eigenen Lande ferner waren als der Tote in seinem dreifachen Sarge, viel ärmer an lebendigem Leben als der Ermordete, mehr abgesperrt von Licht, Freiheit und Zukunft als Matteotti in seiner Gruft. Der Faschismus weiß nichts von der Macht der Idee: er löst eine polizeitechnische Aufgabe und wähnt, eine Idee begraben zu haben. Das seelisch so bettelhafte Gelichter, das heute in Italien herrscht, ahnt nicht einmal, daß Ideen unsterblich sind, solange Menschen für sie sterben. . . .

Die Witwe Matteottis hatte gewünscht, daß die Leiche in der Heimat des Ermordeten, in Fratta Polesine, beigesetzt werde, wo er geboren ist und wo sein Vater und seine Brüder ihre letzte Ruhestätte fanden. Daß die Leiche von Riano ihren Weg über Rom nehmen würde, schien selbstverständlich: es war der kürzeste Weg, Rom war der Wohnort des Toten gewesen, er war Abgeordneter dieser Stadt. . . . Die Regierung war aber fest entschlossen, nicht zu dulden, daß der Trauerzug Rom berühre. Womit sollte man aber den Willen dieser Frau brechen, die die Panzer ungeheuren Leides gegen jede menschliche Drohung furchtlos machte? Man appellierte an das Mitleid der Leidenden; man unterstellte, daß die Sozialisten bei dem Zug durch Rom ein Blutbad heraufbeschwören würden. Und so verzichtete die Witwe darauf, ihren Toten über Rom zu geleiten, damit nicht neue Witwen neuen Toten des Faschismus das Geleit geben müßten. Aber sie sandte dem Minister des Innern den folgenden Brief:

„Exzellenz, ich reise Mittwoch, den 20. August, von dem Bahnhof von Monterotondo ab, mit dem um acht Uhr morgens abgehenden Schnellzug Rom, Florenz, Bologna. Ich vertraue, daß Ew. Exz. strengstens erfüllen werden, was ich verlange.

Geruhen Sie zu verfügen, daß der erwähnte Schnellzug in Monterotondo so lange hält, als erforderlich ist, um den Wagen mit der Leiche meines Mannes anzukoppeln. Ich verlange, daß keine Vertretung der faschistischen Miliz den Zug begleite, daß kein faschistischer Wehrmann, welchen Ranges er sei und welche Aufgabe er erfülle, sich blicken lasse, auch nicht als diensttuender Beamter. Ich verlange, daß kein Schwarzhemd sich vor dem Sarge und vor meinen Augen zeige, weder auf der Fahrt noch in Fratta Polesine, bis die Leiche begraben ist.

Ich will als einfache italienische Bürgerin reisen, die ihre Pflicht erfüllt und ihr Recht fordert; daher keinen Salonwagen, kein reserviertes Coupe, keinerlei Vergünstigung, aber auch keinerlei Verfügung, um den fahrplanmäßigen Weg des Zuges abzuändern. Wenn aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein Ordnungsdienst nötig erscheint, so sei er italienischen Soldaten anvertraut. Geruhen Ew. Exz. mir die Versicherung zu geben, daß mein Wille in allem geschehen wird; auch falls Ew. Exz. sich nicht verpflichten können, das Geforderte auszuführen, ersuche ich, mich davon in Kenntnis zu setzen."

Der Minister versprach. Er hat wohl in dem Augenblick eingesehen, daß Italien heute in zwei Lager geteilt ist, und daß die, die sich selbst den Feldruf „Viva Dumini" erkoren haben, sich verstecken mußten, wo Matteottis Leiche vorüberfuhr. Ehren kann die heutige Regierung unseren Toten nicht — wie sollte sie das können? —: sie tat ihr höchstes, indem sie einer Forderung der Schicklichkeit und moralischen Sauberkeit gezwungenermaßen Rechnung trug. Oder doch versprach, es zu tun.

Aber selbst das hat der ritterliche Faschismus nicht umsonst getan. Um 11 Uhr hatte die Witwe den Brief überbringen lassen; der Minister war bis 1 Uhr abwesend und gab um 3½ Uhr nachmittags den Bescheid, daß er alles bewillige, nur habe die Abfahrt nicht erst am nächsten Morgen, sondern an demselben Nachmittag um 5,40 Uhr von Monterotondo aus zu erfolgen. Da die Witwe mit hohem Fieber im Bett lag, konnte sie zur festgesetzten Stunde nicht reisen. Man schämte sich sogar nicht, durch Kommuniques in den faschistischen Zeitungen eine falsche Abfahrtstunde bekannt zu geben und zu versuchen, den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktion das rechtzeitige Einfinden in Monterotondo unmöglich zu machen. Um 3 Uhr erschien ein Camion der Polizei mit zwei anderen Kraftwagen, in denen je 50 Carabinieri waren, um mit einem Schreiben der Präfektur die Leiche von Riano zu beheben, von wo es im rasenden Lauf nach Monterotondo ging. Der Tote hatte Eile . . . . die Toten hatten Eile!

In Monterotondo waren mit knapper Not die Vertretungen des Senats und der Kammer eingetroffen, denen man den bereits versiegelten Wagen vorwies. Die Senatoren und Abgeordneten ließen den Waggon entsiegeln, um die Kränze der beiden Parlamente neben dem Sarg niederzulegen. Dann kam der Schnellzug, der Wagen mit dem Toten wurde angekoppelt, die Verwandten und die sozialistischen Abgeordneten stiegen ein und es ging fort, in fliegender Hast, während die zurückgebliebenen Abgeordneten, Eisenbahner und Journalisten niederknieten.

Es war gut, daß die Witwe im Fieber in Rom lag und nicht der Leiche folgen konnte. So blieb es ihr erspart, in Bologna von einigen fünfzig Faschisten angepöbelt zu werden, die in den Bahnhof eingedrungen waren, obwohl die Bewachung streng genug war, um die Vertretung der sozialistischen Sektion der Stadt auszusperren und ihr den roten Kranz zu entreißen. Die Faschisten waren da, um zu zeigen, was das Wort eines faschistischen Ministers des Innern wert ist, und um dem Abgeordneten Gonzales zuzurufen, mit einem Fingerzeig auf den Wagen mit der Leiche: „Das ist der erste Abgeordnete."

Uns will es nicht scheinen, als ob das faschistische Regime die Schultern dazu hätte, einen zweiten solchen Toten zu tragen! Mag sein, daß es mehr Mörder stellen kann als wir Bekenner vom Ausmaß Giacomo Matteottis. Immerhin gibt es, zur Ehre des Landes sei es gesagt, noch genug Menschen in Italien, die lieber den Weg Matteottis gehen, als den jener Faschisten von Bologna, in denen der Anblick des Leichenwagens Matteottis nichts wachrief, als ihre eigene Gemeinheit.

Seit drei Jahren war Matteotti aus seiner Heimat verbannt, wie Tausende in Italien verbannt sind, weil der Faschio ihres Ortes, ihre Heimkehr mit Todesstrafe bedroht, oft auch mit dem Tode ihrer Familie. Aber die Leiche durfte heimkehren, weil sie weniger gefährlich schien in dem kleinen Orte der Po-Ebene als in einer großen Stadt. So hat die alte Mutter den Toten eine Nacht im Hause haben können, ehe sie der Erde zurückgab, was von ihm sterblich ist. Am Morgen des 21. August hat die Beisetzung stattgefunden. Obwohl die Familie ein stilles Begräbnis gewünscht hatte, waren über fünfzehntausend Menschen zusammengeströmt in dem kleinen, nur fünftausend Seelen zählenden Flecken.

Als letzte Polizeimaßregel wollte man den Friedhof durch Kordons Carabinieri und Truppen sperren, nachdem die Angehörigen und die wenigen Behörden eingelassen waren, aber diese hundertste Vorsicht wurde vereitelt. Die tausendköpfige Menge schob mit ruhiger Entschlossenheit die Truppen beiseite: „Es ist unser Märtyrer, er ist für uns gestorben, für unsere Freiheit, laßt uns hinein." Die Truppen wichen zurück, die Menge ergießt sich in den Friedhof. Und auf einmal ertönt der Ruf: „Hoch Matteotti!" Acht junge Arbeiter, die den schweren Eichensarg auf der Schulter tragen, in dem ein Metallsarg eingeschlossen ist, heben den Sarg empor, mit einer machtvollen Bewegung der Arme, daß er dreimal sonnenwärts gehoben wird, wie ein Weihegeschenk, während die Menge dreimal ruft: „Hoch Matteotti!" Dann wird es wieder still, man hört nichts als Schluchzen und leises Beten und sieht nichts als strahlende Blumen, die den ganzen Kirchhof bedecken, und trauernde Menschen. . . .

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Bückeburg, 25. August.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus 65 stimmberechtigten Bezirken sind beim Volksentscheid in Lippe insgesamt 11 432 Stimmen abgegeben worden. In dieser Zahl sind noch 1000 ungültige Stimmen enthalten. Aufgebracht werden mußten 16 887 Stimmen. Aus den kleineren Orten stehen die Ergebnisse noch aus. An der Niederlage des Ordnungsblocks kann sich nichts mehr ändern. Es scheint, als wenn die Rechtsparteien noch nicht einmal soviel Stimmen aufgebracht hätten, wie bei den Reichstagswahlen im Mai ds. Js. Schaumburg-Lippe hat somit prächtige sozialdemokratische Erfolge errungen.

Riesendemonstration der Dortmunder Gewerkschaften.

Reinfall der Kommunisten.

Dortmund, 24. August.

Das heutige Gewerkschaftsfest der freien Gewerkschaften gestaltete sich zu einer machtvollen republikanischen Kundgebung. Trotzdem die Kommunisten in der vergangenen Woche in allen Betrieben gegen die Beteiligung an dem Gewerkschaftsfest Stimmung gemacht hatten, traten die sämtlichen freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten von Dortmund und Umgebung am Nachmittage in imposanter Stärke auf dem Süd- und Hiltroper Wall an. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Friedensgesellschaft, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Arbeitersport- und Gesangvereine verstärkten den Demonstrationszug, der eine Länge von ¾ Stunden hatte.

Volkswirtschaft.

Hebung des deutschen Exports.

Die deutsche Wirtschaft hat in letzter Zeit durch Preisherabsetzungen den Export nach dem Auslande bedeutend heben können. Die Berichte aus dem Auslande zeugen von einer zunehmenden Tätigkeit des Exports. Die englischen Levanteexporteure z. B. merken in letzter Zeit fühlbar die deutsche Konkurrenz. Insbesondere in Maschinen hat die Türkei große Bestellungen nach Deutschland vergeben. Für England ist es bald vollkommen zwecklos, Offerten nach der Türkei zu vergeben, da die deutsche Preise oft 50 Prozent und niedriger sind; außerdem werden von deutscher Seite Kredite von 3 und 6 Monaten, in Einzelfällen sogar von einem Jahre gewährt.

In der Regel sind die von den deutschen Exporteuren erzielten Preise Verlustpreise, die durch höheren Inlandspreis ausgeglichen werden.

Auch mit Australien hat sich das deutsche Geschäft belebt. Die deutsche Einfuhr hat in den ersten sieben Monaten 1924 die Summe von 2 Millionen Pfund Sterling überschritten. Auffallend ist der deutsche Import in Klavieren: 500 deutsche Pianos wurden kürzlich in einer einzigen Woche eingeführt. Im übrigen ist Deutschland wiederum ein guter Abnehmer für australische Wolle geworden.

Die neue Handelsabgabe für die deutsche Ausfuhr nach Frankreich.

Nach einer Mitteilung der Havas-Agentur wird Frankreich, wie das England auch tut, eine 26prozentige Handelsabgabe von der deutschen Einfuhr erheben. Der deutsche Export wird, abgesehen von dem Zinsverlust, dadurch nicht geschädigt, da der Ausgleich durch Verrechnung über das Konto des Agenten für Reparationszahlungen erfolgt. Der Schwerpunkt der Maßnahme liegt vielmehr darin, daß England und Frankreich diese Summen vor den Reparationszahlungen vorweg nehmen. Dadurch werden die Bestimmungen des Transfer insoweit umgangen, als diese Summen tatsächlich ohne Rücksicht auf den Wechselkurs übertragen werden. Es wird wohl anzunehmen sein, daß die Maßnahme der Handelsabgabe, die für den Güteraustausch hinderlich ist, noch einer Revision unterzogen wird.

Eine andere Frage ist die, inwieweit bei diesen Maßnahmen die teilweise nicht unbegründete und durch die unsinnige Zollpropaganda genährte Furcht vor einem deutschen Dumping mitspricht.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: J. V.: Dr. Fritz Solmitz. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur Chronik von Grieshuus.

Novelle von Theodor Storm.

2. Fortsetzung.

Der Junker hat kein Wort darauf erwidert, aber er ist fort- und nach dem Hof hinabgerannt; und kaum eine Stunde später hat er auf seines Vaters großem Rappen vor dem Stadttor angehalten. Als aber nach vielem Rufen ihm geöffnet worden, war auf den dunklen Gassen groß Gewimmel und Gejauchze; war doch am Nachmittage von gesamten Zimmerleuten aus Stadt und Amt der neue Galgen vor dem Ostertore in Präsenz des wohlhabenden Bürgermeisters aufgerichtet und ihnen dann frei Bier in großen Tonnen vom Magistrat verabreicht worden; da haben die anderen Gewerke auch nicht trocken sitzen wollen, und sind auf den Abend viel lustiger Leute in der Stadt gewesen.

An einem Häuschen, das sich auch im Dunkeln durch die im Winde klappernden Becken kenntlich machte, hatte der Junker seinen Rappen angebunden. „Hallo, Frau Meisterin, ist denn Ihr Mann noch auf den Beinen?"

Die alte Frau, die mit einem qualmenden Lämpchen im Hausflur vor ihm stand, gab keine Antwort; mit verstörtem Antlitz wandte sie sich um und lief in eine Kammer. „He, Nicolaus, Nicolaus!" hörte er sie rufen, „der Junker von Grieshuus steht draußen!"

Aber der Junker stand schon in der Kammer und vor der Bettstatt, wo der Amtschirurgus schnarchend und voll süßen Bieres auf den Kissen lag. Da haben er und die Frau Meisterin den trunkenen Mann mit gütlichen Worten sanft gerüttelt, bis die müde Seele wie aus eines Brunnens Tiefe an die Oberwelt gelangte; als aber die mageren Beine nicht aus der Bettstatt vorwärts wollten, hat der Junker zur Ermunterung mit seiner Peitsche hin und her geklatscht, und als die Frau darüber schier verschrocken worden, dem Manne selbst in Wams und Hosen helfen müssen. „So, Meister Nicolaus, Er braucht heute keine Sporen; und soll der Ritt Ihm gut vergolten werden!" Dann hat er ihm den Mantel umgeworfen und den Hut aufs Haupt gestülpt: „Nun das Verbandzeug und das Apostelpflaster!"

Und eh er sich's versehen, hat der Amtschirurgus hinter dem Junker hoch zu Roß gesessen, die Knie aufgezogen, die Hände um des Reiters Leib geklammert.

„Ade, Frau Meisterin!" Und unter des Junkers Sporen ist der hochbeinige Rappe durch die dunklen Gassen hingeflogen, dann durch das Tor und über die Felder in die Nacht hinaus. Als sie, schon nahe an Grieshuus, bei der Kirche im Dorf vorüberbrausten, hat der Küster, der eben von einer Hochzeit kam, ein „Alle guten Geister!" ausgestoßen und gemeinet, daß ein Hexenpaar an ihm vorbeifliege; denn der Mantel des Amtschirurgus hat wie ein Weiberrock im Wind gestanden.

Und endlich klapperten des Rappen Hufen in der Torfahrt von Grieshuus.

„Da bring ich ihn, Greth-Lise!" rief der Junker fröhlich, als er den hageren Chirurgus vorab in die Kammer schob.

„Still, still, Junker Hinrich!" und die wackere Alte, welche eben des Jungen Kopf mit Wasser kühlte, winkte dem Eintretenden abwehrend mit der Hand; „hier liegt ein Kranker, den Ihr selbst gemacht habt."

Da warf der Junker sich vor dem Jungen an die Bettstatt: „Hans Christoph, verklag mich nicht da oben! Wir wollen's noch bei Lebzeit wettzumachen suchen!" Der Bursche aber richtete sich stöhnend auf dem Ellenbogen in die Höhe, so daß die Füße mit den groben Nagelschuhen, die man nicht abgenommen hatte, aus den Decken fuhren. „Junkherr," sagte er bittend, „dann lasset unsern Tiras auch von dem Balbierer doktern!"

„Den Tiras?" — Dem Junker wollte die Stimme nicht recht aus der Kehle, und eine Weile hat er ihm nur eifrig zugenickt. „Ja, ja, Hans Christoph, auch den Tiras!"

Und danach hat der Amtschirurgus, dem der Nachtwind allen Dunst vom Hirn gefeget, sein barmherzig Werk verrichtet; an dem Jungen erst, dann an dem Hunde; und an beiden ist die Kunst des Mannes nicht zuschanden worden.

Zwar hat der Herrensohn noch manche Nacht im Wechsel mit der unermüdlichen Greth-Lise Krankenwacht gehalten; als aber eines Morgens der weiße Hund mit Sprüngen in die Kammer tobte und dann der Junker rief: „Tiras, hallo, so gib Hans Christoph doch die Pfote!" da hat der Junge vor Freuden hell aufgelacht und ist nach ein paar Tagen selbst vom Lager aufgestanden.

Nur nach dem blonden Dirnlein hat der Junker Hinrich noch manch einmal vergebens ausgeschaut, auch unterweilen sich verdrossen abgewandt, wenn statt ihrer ein verhutzelt Männlein mit Schriftwerk in der Hand den Anberg zu Grieshuus hinaufgestiegen ist.

— — Von dem jüngeren Zwillingsbruder, welcher derzeit in der Klosterschule zu Bordesholm gesessen, ist solcherlei Gewalttat niemals kund geworden; als man später ihm davon berichtet, hat er zu beidem, was vor und nach geschehen, den Kopf geschüttelt und nur gesagt: „Er weiß nicht, was uns ziemet." Zu dem Bruder selber hat er nie ein Wort davon geredet.

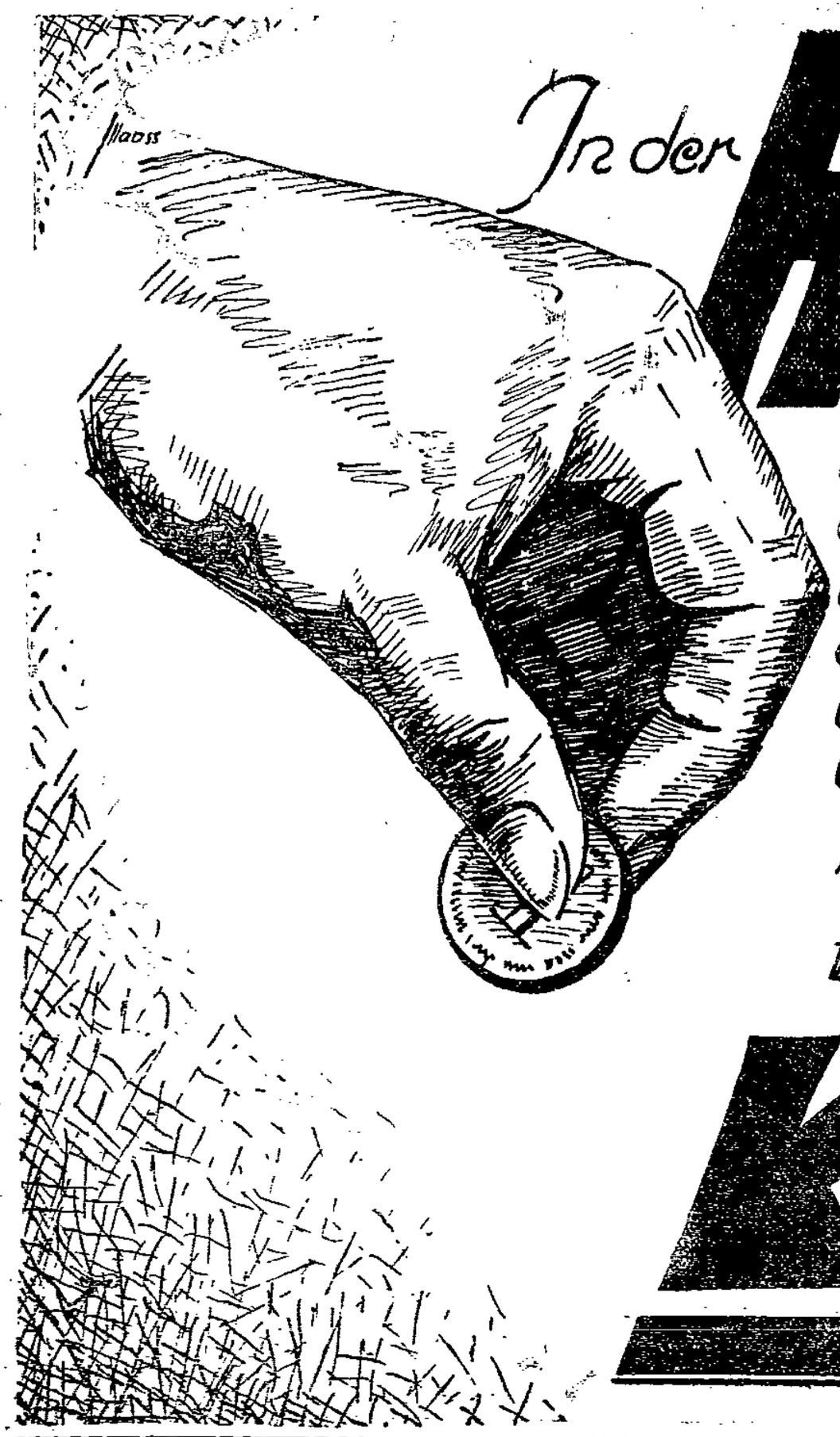
Auf der Universität zu Leipzig, die er bald danach beschritten, hat er seine Juridica und Humanidra mit Fleiß traktiert, auch sich in allen Dingen wohl verhalten, insonders bei der welschen Kleiderhoffart, die dort arg im Schwange ging, ein jedes Uebermaß vermieden. Gleichwohl, da er eines Sonntagnachmittages während der Vakanzzeit mit dem Bruder durch das Dorf hinabschritt, reckten alle Bauern nebst Kindern und Gesinde den Hals aus Tür und Fenstern, um dem gelehrten Herrn in seiner Alamodekleidung, mit dem weißgepuderten Kopfe, Kniebändern und Manschetten, nachzuschauen. Als später Junker Hinrich den Weg allein zurückschritt, im grauen Wams, die Ledermütze mit der Falkenfeder auf dem dunklen kurzgestutzten Haar, da waren es nur die jungen Dirnen, welche möglichst weit die Augen auftaten; nur waren sie in die Tiefe des dunklen Flurs zurückgetreten oder bargen sich hinter der offenen Haustür und sahen heimlich durch den Spalt, solange es irgend reichen mochte.

Es wäre nicht not gewesen, der Junker Hinrich hatte kein Auge für die Dirnen; so wenig, daß die jungen Knechte, die sich des doch hätten getrösten mögen, von ihm zu sagen pflegten, der Junker sei wohl schon ein Kerl; nur in dem einen nicht!

Um ein paar Jahre später hat gleichwohl auch ihm seine Stunde schlagen müssen; eine schicksalsschwere, mit der die letzte seines Hauses angebrochen ist.

— — Jene arge Zeit war damals über unser Land gekommen, deren Greuel unter dem Namen des „Polackenkrieges" noch lange beim Bierkrug wie am Spinnrad im Gedächtnis blieben. Zwar unser Herzog führte keinen Krieg, er redete zum Frieden; aber von den Streitenden war der junge schwedische Kriegsfürst seiner Tochter Mann, der mißtrauische Dänenkönig war der Mitregent der Lande und schon weder diese, noch den Herzog, seinen Schwestersohn. Nicht dessen drückende Brandschatzung war indes das Schlimmste; aber ihm zu Hilfe überschwemmte feindes Volk das Land: Kaiserliche und Brandenburger, am gefürchtetsten die Polen, unter denen Türken und Tataren mitzogen; sie plünderten und vergewaltigten und erschlugen, so sie es vermochten was sich widersetzte.

Unter den trotz solchen Schreckens Couragierten zählte ein altes verbissenes Männlein, das Zeit seines Lebens mehr die Feder als die Waffen geführt hatte. In seinen besten Jahren ein herzoglicher Kornschreiber, hatte er noch vor Schluß des Mannesalters eine städtische Waise zur Ehe einzufangen verstanden und seit diesem einträglichen Geschäfte seinen beschwerlichen Dienst quittiert. Er hatte drunten in der Stadt sich in dem Erbhaus seines Weibes eingerichtet, nach eigenem Behagen dem Schreibwerk obliegend, das ihm von Kirchen- und Gasthausvorstehern oder an deren mit der Feder ungewandten Bürgern genugsam angetragen wurde. Aber die Frau verstarb im ersten Kindbett und ließ ihm statt ihrer eine Tochter, deren spätere Schönheit man weder der Mutter noch dem überlebenden Vater nachzurechnen wußte. Diesem selber aber, so gern er sonst abends in der Schenke seine Weisheit ausgeboten hatte, war seitdem die Stadt verleidet worden; sei es ob so plötzlicher Verwaisung seines Hauses, sei es wegen Haders mit der Sippe seines Weibes, die das Neugeborene nicht in seinen Händen lassen wollte. (Fortsetzung folgt.)



In der Hand der Frau

liegt es **sparsam** zu wirtschaften, da sie den gesamten Bedarf für ihre Familie einkauft – Sie wird daher auf jede Gelegenheit achten müssen die sich zum **Sparen** bietet. Diese Gelegenheit schaffen wir.

Unser morgiges Inserat verdient besondere Beachtung.

Karstadt

10 billige Tage

vom 28. August bis 6. September.

ta. Hemdentuche, 80 cm br. . . . . Mtr. 98, 78, 68,	**58**	**Geschirrtücher** . . von	**38** an
Stouls, 78 cm breit	**62**	**Fertige Bettbezüge** . . . 8.30, 7.60, 6.50,	**4.95**
Schürzenstoffe . . . . Mtr. 1.55, 1.25,	**0.95**	**Normal-Hemden** . . 3.10,	**2.45**
Handtuch . . . . Mtr. 88,	**62**	**Einsatz-Hemden** . . 3.50,	**2.95**
Bettlakenstoffe, 140 cm br. . . . . Mtr. 2.90, 2.30.	**1.70**	**Bl. Arbeitsjacken u. Hosen** 4.95, 3.95,	**3.50**
Bettbezugstoffe, wß., kariert u. gebl. . Mtr. 2.25, 1.70,	**98**	**Pilot-Zwirn-Hosen** starke Ware 6.95, 5.80,	**4.95**

Damen-Halbschuhe zum Schnüren	**5.95**	**Herren-Stiefel** mit Lackkappe	**9.75**
Damen-Halbschuhe zum Schnüren, Rindbox	**9.75**	**Herren-Stiefel,** braun	**14.95**
Damen-Halbschuhe in Lack	**12.95**	**Herren-Halbschuhe**	**14.95**

Einzelpaare in braun und schwarz, etwas beschädigt, **weit unter Preis.**

Kinder-Stiefel u. -Schuhe, Pantoffeln, Hausschuhe.

Außerdem gewähre ich auf alle nicht angeführten Waren

10% Rabatt.

Heinr. Beuck

Brockesstraße 25, Ecke Warendorpstraße.

7176

Visitenkarten

Buchdruckerei Seiede, Meyer & Co

Johannisstraße 46.

3. billiger Suppenfleischtag

in allen Fleischläden Lübecks

am Donnerstag, dem 28. August

Gutes Suppenfleisch zum

Kilo 0.80 für das Pfund.

7180

Servus nur aus bestem zum Stiefelputzen! Überall zu haben

Niederlage: B. Bragert, Lübeck, Fischstr. 34.

Ausnahmepreis:

Graf Leo Tolstoi:

Anna Karenina.

F. M. Dostojewski:

Raskolnikows Schuld und Sühne.

Ganzleinen jedes Buch **nur 3 Mk.**

Buchhandlung

„Lüb. Volksbote"

Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Von Paul Kampffmeyer.

Preis: Brosch. 60 Pfg.

Buchhandlung

„Lübecker Volksbote"

Johannisstraße 46.

Gegen die Kriegsschnitzlüge

Für Frieden, Arbeit und Brot.

Rede des Reichstagsabgeordneten **Philipp Scheidemann.**

Sozialdemokratie und Aufwertung.

Von Reichstagsabgeordneten **Dr. Paul Hertz.**

Beide Broschüren zusammen 10 Pfg.

Buchhandlung des

„Lübecker Volksboten",

Johannisstraße 46.

Stadttheater Lübeck

Konzert-Abonnement

Es werden wie im Vorjahre wieder 10 Volkstümliche Konzerte im Stadttheater gegeben. In diesen Konzerten wird versucht werden, eine Entwicklung der symphonischen Musik und ihrer Verzweigungen „von Bach bis Strauß" zu bieten. Der erste Teil einer jeden Vortragsfolge wird ein oder zwei besonders charakterische Werke der im Laufe der Entwicklung in Betracht kommenden Stilperiode zur Aufführung bringen, während im zweiten Teil der musikalische Humor und die leichtere Muse der gleichen Zeit zu Worte kommen sollen. Am vorhergehenden Sonntage wird vormittags 12 Uhr ein das Volkstümliche Konzert entwicklungsgeschichtlich erläuternder Vortrag stattfinden, im Verlauf dessen Mitglieder der Oper und des Orchesters durch Gesangsvorträge und Kammermusik die Darlegungen vervollständigen werden. Die Konzerte finden wie bisher am Montag statt. Das erste am 8. September.

Die Tagespreise sind auf

Mk. **3.—**, Mk. **2.50**, Mk. **2.—**, Mk. **1.50** und Mk. **1.—**

festgesetzt worden. Auf diese Preise wird den Abonnenten ein Rabatt von 30 v. H. gewährt. Der Abonnementspreis ist für je 5 Konzerte in 2 Raten zu entrichten, außerdem ist mit der 1. Rate, wie bei den Theaterabonnements, eine Grundgebühr in Höhe eines Drittels einer Rate zu hinterlegen, die auf die 2. Rate voll angerechnet werden wird. Hiernach sind als 1. Rate zu zahlen

	Abonnementspreis	Grundgebühr	zusammen
Preisstufe 1:	Mk. **10.50**	Mk. **3.50**	Mk. **14.00**
„ 2:	Mk. **8.75**	Mk. **2.90**	Mk. **11.65**
„ 3:	Mk. **7.00**	Mk. **2.30**	Mk. **9.30**
„ 4:	Mk. **5.25**	Mk. **1.75**	Mk. **7.00**
„ 5:	Mk. **3.50**	Mk. **1.20**	Mk. **4.70**

Die Kassenpreise für die einführenden Vorträge betragen Mk. **1.50**, Mk. **1.00** und Mk. **0.60.** Auch für diese Vorträge wird ein Abonnement ausgelegt, das mit 20 v. H. Nachlaß für je 5 Vorträge Mk. **6.00**, Mk. **4.00** und Mk. **2.50** beträgt. Den bisherigen Abonnenten werden ihre Plätze bis zum 29. d. Mts. vorbehalten.

Neuanmeldungen werden bereits jetzt entgegengenommen.

Anmeldungen in der Theaterkanzlei vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 4—6 Uhr.

7158

Lübecker Volksbote

Beilage | Mittwoch, 27. August 1924 | Nummer 200

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 27. August.

Die Offiziersbünde.

Weil der General von Deimling
Sich als Mann und bolzengrad,
Nicht sich als Charakterschleimling
Dergestalt erwiesen hat,

Daß die Republik er haßte,
Gleichwohl um Pension sich riß, —
Tat ihn tiefergrimmt die Kaste
Der Kollegen in Verschiß.

Offiziere in drei Bünden
Rotten heldisch sich zu hauf,
Reißen gleich Kanonenschlünden
Die empörten Guschen auf:

„Wir sind gänzlich unpolitisch,
Das heißt: völkisch allezeit,
Königstreu, antisemitisch,
Und zu jedem Putsch bereit.“

„Wir verlangen Meinungsfreiheit:
Jeder, der nicht mit uns heult,
Wird durch unserer Bünde Dreiheit
Angeekelt und verbeult.“

„Niezufriedene Pensionäre,
Die die Republik erhält,
Sprechen dem wir ab die Ehre
Der sich schützend vor sie stellt.“

Also standen sie und mährten. —
Ich dacht' wie einst Mann für Mann
Ganz die gleichen Herren erklärten
Sich für Ebert-Scheidemann . . .

Mich. von Lindenhecken.

Mein Freund, der Beamte.

Ich habe einen Freund, der ist Beamter. Beamter der Republik. Republikanischer Beamter. Das verzeihen ihm die Leute und die guten, ehrbaren Bürger nicht. Die Arbeiter? Nein, die andern Beamten. Die ersteren sind auch Beamte der Republik. Nicht aber republikanische Beamte. Mein Freund war früher königlich preußischer Beamter im Königreich Preußen. So! — Ja — wie kann denn so einer heute republikanischer Beamter sein? Das begreifen seine Kollegen eben auch nicht. Wenn es noch ein Neuer wäre, ein Nichtfachmann, ein Parteibeamter. Ja, die! Aber ein Beamter der alten Schule Republikaner, unerhört! So was wäre früher denn doch nicht möglich gewesen! Ach so — ja, wir leben ja in einer Republik. Aber egal — —.

Mein Freund glaubte, als Beamter des Staates gehörte es zu seiner Pflicht, die äußeren Merkmale des Staates zu schützen. Er durchstrich regelmäßig auf den Schriftstücken, die durch seine Hände liefen, mit einem roten Stift die von den Gerichten, den höheren Behörden stehengelassene Bezeichnung „Königliche“. Sein Vorgesetzter aber fand seine Handlungsweise unerhört. „Wie können Sie es wagen, auf einem amtlichen Schriftstück irgend etwas durchzustreichen? Ich werde das Disziplinarverfahren gegen Sie einleiten!“

Mein Freund glaubte, als Beamter der Republik müsse er auch das Abzeichen der Republik zur Geltung bringen. Er trug deshalb auch im Dienst ein schwarz-rot-goldenes Bändchen, die Staatsfarben, im Knopfloch. Da kam der Dienstbefehl: **„Parteiabzeichen dürfen im Dienst nicht getragen werden!“** Er trug sein Bändchen weiter. Sein Vorgesetzter schnauzte: „Glauben Sie, für Sie gelte der Dienstbefehl nicht?“ — **„Aber ich trage doch kein Parteiabzeichen!“** — „So?“ — Schwarz-Rot-Gold ist die republikanische Farbe. **Wir sind hier nicht Republikaner** oder sonst was — wir sind hier lediglich Beamte! Verstanden?“

Mein Freund glaubte, als Beamter des Staates, dem er seinen Eid geleistet, müsse er auch die Politik des Staates verteidigen und unterstützen, so wie das früher selbstverständlich gewesen war. Er nahm deshalb auch an einer Demonstration gegen den Krieg teil. Kurz darauf beteiligte er sich an einem Umzuge, der sich gegen die Staatsfeinde, die Hakenkreuzler, richtete. Bei dieser Gelegenheit wurden auf einem öffentlichen Platze eine schwarz-weiß-rote Fahne und ein hölzernes Hakenkreuz verbrannt. Ein solches Verhalten aber verstand kein Mensch mehr. Selbst seine Freunde hielten so etwas für sehr gewagt. Eine Flut von anonymen Briefen lief bei ihm und seiner Dienstbehörde ein; Zeitungsartikel erschienen; Protestversammlungen der Bürgerschaft wurden abgehalten; seine Familiengeschichten wurden breitgetreten — wer hat da nicht irgend was? —; auf der Straße warf man ihm giftige Blicke zu und grüßte nicht wieder. „Wir dulden einen solchen Mann nicht länger als Beamten!“ „Das gutgesinnte, steuerzahlende Bürgertum ist empört über ein solches Verhalten!“ „Wir verlangen das Vorgehen der Dienstbehörde!“ Und die Dienstbehörde ging vor. „Sie dürfen als Beamter einer Partei angehören, welcher Sie wollen,“ sagte sein Vorgesetzter, „das Benehmen eines Beamten aber muß auch außerdienstlich so sein, daß es zum Vorbilde dient und nicht Aergernis erregt!“

Wer weiß, was meinem Freunde noch alles geschehen wäre, wenn er nicht durch die moralischen und vernunftlogischen Stöße, die er erlitten, so aus dem Gleichgewicht gekommen wäre, daß er krank und dienstunfähig wurde.

Ja, ja! Es ist wahrlich eine Lust, republikanischer Beamter in der deutschen Republik zu sein!

Mutige Tat! Am Sonnabend fiel auf unaufgeklärte Weise der dreijährige Sohn des Arbeiters Fuchs in den Teich auf der Moislinger Siedlung. Auf die Hilferufe der Kinder eilte die 18jährige, auf der Siedlung wohnhafte, Grete Thiem herbei und sprang kurz entschlossen ins Wasser. Unter großen Anstrengungen gelang es ihr den Jungen ans Ufer zu bringen, wo ihr von herbeigeeilten Nachbarn Hilfe geleistet wurde. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse verdient diese mutige Tat eines jungen Mädchens ehrende Anerkennung.

Aus dem völkischen Sumpf.

Ein Arbeiterbrief / Bauernfang / Unbezahlte Drucker / Die Führer in Schlössern und Villen, die Belogenen im Obdachslosenasyl / Lumpen, Spitzbuben und Gauner.

Daß es in Bayern zum Tohuwabohu im völkischen Lager gekommen ist, ist bekannt. Aber nicht nur im völkischen Dorado, in München oder Bayern, sondern in ganz Deutschland wackelt es. Das beweist neben andern Anzeichen recht deutlich ein Brief eines Arbeiters, der endlich wieder sehend wurde und der völkischen Bewegung entsetzt den Rücken kehrte.

„Kollegen, Arbeitsbrüder! Völkisch — Volksgemeinschaft — Unterdrückung der Lohnsklaverei — das waren so die Hauptschlagwörter, mit denen die Völkischen vor dem 4. Mai bei dem arbeitenden Volk auf den Stimmenfang gingen. Dabei den üblichen Tamtam — Juden raus — die roten Genossen müssen von den Ministersesseln runter, müssen vor der Futterkrippe weg — — damit? — na, das sage ich euch weiter unten.

In Süddeutschland schuf Adolf Hitler vor fünf Jahren mit Brandreden, die den Reiz der Neuheit nicht entbehrten, „die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschland“. Er wollte als Gegner des Parlamentarismus keine Partei im alten Sinne, sondern nur eine Bewegung ins Leben rufen. Hier begann schon der Widerspruch — die bewußte Lüge. Bayern, das Land der Bierbankpolitiker, das Asyl und die Hoffnung der reaktionären politischen Mörder und Abenteurer, war nach Hitlers Dafürhalten der geeignetste Boden zur Verwirklichung seines Planes. Im Norden Deutschlands machten ein arbeitsloser Offizier, ein ehrgeiziger Zeitungsverleger und ein Rittergutsbesitzer eine neue Partei auf. Die Gründer heißen Henning, Wulle und v. Graefe und die Partei hieß „Deutschvölkische Freiheitspartei“. Im Süden und im Norden derselbe Bauernfang: Versprechungen, Reden — Reden — Versprechungen und dann mehr oder weniger lauter Antisemitismus. Dann trat „Deutschlands größter Feldherr“ auf den Plan. Er, der seine Volksgenossen zu Hunderttausenden ins Massengrab als Tote und die Ueberlebenden zu 75 Prozent als Bettler und Krüppel auf die Landstraße kommandierte — entdeckte mit einem Male sein Herz zur Volksgemeinschaft. Man sagt, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe — in diesem Falle aber doch. Wilhelm Hohenzollern — Erich Ludendorff-Lindström. „Ich kenne keine Parteien mehr,“ sagte Wilhelm. „Nur mit dem deutschen Arbeiter kann die völkische Bewegung als Volksgemeinschaft im deutschen Volke sich durchsetzen,“ sagte Ludendorff. Hier wie dort: Der deutsche Arbeiter, vorher in Schutt und Asche verdammt,

als Mittel zum Zweck.

Es hat bald 5 Jahre gedauert, bis der Arbeiter erkannte, daß er das Schindluder war. In Sachen Hitler-Ludendorff, Henning, Wulle und v. Graefe geht die Erkenntnis ein bißchen schneller.

Man hat dem Arbeiter vor dem 4. Mai den Himmel auf der Erde versprochen und nicht einen Buchstaben von allem, was geredet und gedruckt worden ist — gehalten. Unter allen möglichen Versprechungen wurden Gelder gesammelt.

Die Deutschvölkischen bezahlten keinen Drucker, der ihnen ihre Wahlschwindelreklame druckte.

Das Geld dafür wurde fast regelmäßig bei den einzelnen Landesverbänden und Ortsgruppen unterschlagen. Und wenn die Völkischen in kurzem ihren Bankrott öffentlich erklären (unter sich haben sie ihn schon vor einigen Wochen erklärt — siehe Hitler — so haben sie diesen Bankrott nur den politischen Abenteurern zu verdanken, dem Gesindel, dem nichts heilig ist, die sie mit Gift großgezogen haben und die jetzt als Ratten den Leib der Völkischen bis auf einen kümmerlichen Rest aufgefressen haben.

Als wir in Baden vor 1¼ Jahren verboten wurden, und als später die Verschmelzung der Nationalsozialisten mit den Völkischen (Graefe—Wulle-Richtung) angebahnt wurde, trat ich aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aus,

weil ich mit verbummelten Studenten, Offizieren und anderen Abenteurern nichts zu tun haben wollte,

Vor einigen Wochen wurde ich in **Hamburg** arbeitslos, und bald darauf war ich auch mittellos. Was ich nun tat, das hätte schließlich ein jeder gemacht. Ich ging wegen Unterstützung zu meinen ehemaligen Parteigenossen, zu den Völkischen. Zuerst in Hamburg. Dort Uneinigkeit zwischen Nationalsozialisten und Völkischen. Unterschlagung der Wahlgelder, traurige Aussichten für die Zukunft, keine Unterstützung, nur den Bescheid, ich solle mein Glück in **Schwerin** versuchen. Dort dieselbe Zerrissenheit, keine Unterstützung, nur den Vorschlag, ich sollte mich nach **Rostock** wenden. In Rostock hatten sich die Herren auch veruneinigt, aber man wollte mich — man höre und staune

für 2,50 Mark Wochenlohn

auf einem in der Nähe gelegenen Schloß als Landarbeiter unterbringen. Auf dem Schlosse, dessen Besitzer ein völkischer Rittergutsbesitzer ist, hat sich ein Gesindel versammelt, das zum größten Teil eine ordentliche Arbeitsstelle zu scheuen hat und **das nur darauf lauert, zu putschen oder zu bürgerkriegen oder zu streikbrechern,** oder wenns verlangt wird, auch mal den einen oder den andern um die Ecke zu bringen. Alles Gesellen vom Schlage der Ehrhardt- und Roßbachleute, Landsknechte, arbeitsscheues Pack. Aber sie sind völkisch, arbeiten umsonst und sind froh, daß ihnen unter dem Schutze des Herrn Grafen die Polizei nicht in ihre dreckigen Karten sieht.

Ich machte schleunigst kehrt, und los ging es — auf, nach Berlin ins Hauptquartier. Dort berichtete mir die Hauptgeschäftsstelle noch über einen größeren Bruch und Dalles wie in der Provinz und empfahl mir

zur Erholung das Asyl für Obdachlose

mit dem Bemerken, **dort seien noch mehr völkische Arbeits- und Obdachlose.** Das kommt bei den Völkischen ja nicht so genau darauf an.

Die Führer in Schlössern und Villen und die Belogenen und Betrogenen im Asyl für Obdachlose.

O edle Volksgemeinschaft! Was haben diese völkischen Volksbetrüger aus diesem schönen Worte gemacht! Von Berlin ging es nach Dessau. Auch in den dortigen völkischen Kreisen Niedergeschlagenheit und Verzweiflung. Am 9. November d. J. Landtagswahl. Wir haben mehr Schulden als Häusser Haare auf dem Kopfe, wir können keinen zweiten Wahlkampf mehr mitmachen, da wir die Reklame für den ersten noch nicht bezahlt haben. Kein Mensch bezahlt mehr Beiträge, und so wird sich wohl der zukünftige Landtag höchstwahrscheinlich ohne die Völkischen zusammensetzen müssen. Und die kommunistischen Radaubrüder werden sich der Uebung des Liedes „Wir sind allein auf weiter Flur“ befleißigen müssen.

Weimar ist eine schöne Stadt, aber die Völkischen dort sind nicht schön, denn auch sie haben **für einen ehemaligen Volks- und Parteigenossen auch nicht einen Rentapfennig übrig.** Man gab mir aber den kostenlosen Rat, mich in Erfurt auf der Hauptgeschäftsstelle im Dalbergsweg betreffs Unterstützung vorzustellen. O Erfurt, Blumenstadt Deutschlands, auch du beherbergst den völkischen Pleitegeier in deinen Mauern! Der Gerichtsvollzieher wird bald den Möbeln der Landesgeschäftsstelle den von den Völkischen so bitter gehaßten Reichspfändungsadler aufkleben. **Kein Erfurter Drucker bedruckt den Völkischen auch nur ein Stück Papier, wenn es nicht vorher bezahlt wird.** Man erzählt mir vieles.

Wir müssen neue Mitgliedsausweise mit Lichtbildern beantragen, weil so viele Spitzbuben und Gauner aus dem eigenen Lager bei uns mit allen möglichen Papieren um Unterstützung heischen,

und dann gab man mir eine Liste von Erfurter völkischen Größen, bei denen ich durch eine Bettelei mein Glück versuchen könne. Ich besuchte die Herren Regierungsobersekretär Kammer, Zahnarzt Dr. Lehmkuhl, Lehrer Kneisele, Architekt Herlin und Oberpostsekretär Räthlein. Bekommen habe ich von keinem etwas. Nur eins sagten sie mir alle übereinstimmend, daß sie **schon von vielen Hunderten Völkischen belogen und betrogen worden seien.**

Ueberall die Klagen über die vielen Lumpen, Gauner, Spitzbuben und Herumtreiber. Jeder, wer an die Türe komme — selbst Offiziere —, wolle Geld haben, aber niemand wolle zahlen. Auf der Geschäftsstelle im Dalbergsweg wurden mir einige mit Namen bedruckte Bogen gezeigt. Das waren alles — wie mir versichert wurde — Personen, die sich vagabundierend im völkischen Lager herumtreiben und vor denen aus mancherlei Gründen gewarnt wird. So war es mir denn auch verständlich, als mir Herr Oberpostsekretär Räthlein mit bezeichnender Geste andeutete, daß er die ganze volkische Geschichte bis oben hin satt sei.

Völkisch — Volksgemeinschaft! Ein trauriges Bild einer Partei, die so viele Spitzbuben und sonstiges Gesindel in ihren Reihen hat.“

Der von seinem völkischen Wahne gründlich kurierte Arbeiter wendet sich zum Schluß an alle und fordert sie auf zum energischen Kampf gegen die Pestbeule am deutschen Volkskörper, die sich völkische Bewegung nennt.

Ein anderer Brief ebenfalls aus der Feder eines Hitlerjüngers, wurde der Mannheimer „Volksstimme“ auf den Tisch geweht. Wir wollen unsere Leser nicht um den Hochgenuß einer solchen geistigen Nahrung bringen.

Mannheim, den 1. August 1924.

An die Leitung der Unabhängigen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterbewegung hier, Geschäftsstelle D 2, 2.

Mit dem heutigen Tage habe ich mich entschlossen, von der Leitung der Unabhängigen Nationalsozialistischen Partei Deutschlands mich zurückzuziehen und erwarte ich bestimmt Ihre Zustimmung. **Meines Treueides wollen Sie mich entbinden.**

Mein Vertrauen zur derzeitigen völkischen Bewegung ist vernichtet. Sie stellt zurzeit nur einen Sammelplatz elender käuflicher Kreaturen, Egoisten, Denunzianten und dunkler Existenzen dar, die nach dem Motto handeln: „Nicht für Deutschland, nur für mich!“

(Unterschrift.)

Jugendfürsorgetagung. Auf der Tagung des Archivs deutscher Berufsvormünder, die vom 1. bis 4. September im Bürgerschaftssaal des Rathauses stattfindet, werden am Montag sprechen: Prof. Dr. Peters-Petersen-Jena über „Jugendfürsorge als Erziehungsarbeit; ein Versuch vom Standpunkte der neuen Erziehungsbewegung aus“, Prof. Klumker-Frankfurt a. M. über „Die Erziehungsaufgaben der Amtsvormundschaft“, Oberregierungsrat Dr. Storck-Lübeck über „Die Elternschaft als Träger der Jugendfürsorge“, am Nachmittag in der Erziehungsanstalt Wakenitzhof Amtmann Osbahr über „Fürsorgeerziehung“. Am Dienstag werden die Erziehungsprobleme der Gesundheitsfürsorge behandelt und zwar werden sprechen: Frau Dr. med. Dibbelt-Düsseldorf über „Säuglings-, Kleinkinder- und Kostkinderpflege“, Rektor Jaspert-Wegscheide über „Die Erziehungsaufgaben der Erholungsfürsorge“, Prof. Dr. von Brunn-Rostock über „Schulgesundheitspflege“, Ilse Lange-Breslau über „Schulkinderspeisung“, Oberarzt Dr. Enge-Lübeck über „Psychopathenfürsorge“. Am Mittwoch wird die Durchführung der Jugendfürsorge auf dem Lande behandelt. Es werden sprechen: Direktor Bertsche-Montabeaur über „Die Organisation der ländlichen Jugendfürsorge“, Kreissyndikus Dr. Sandrée-Stettin über „Ausgestaltung der Amtsvormundschaft auf dem Lande“, Dorothea Freudenthal-Segeberg über „Pflegekinderwesen und Säuglingsfürsorge auf dem Lande“. Am Donnerstag (dem Nordischen Tag) werden über das Recht des unehelichen Kindes und die internationale Rechtshilfe sprechen: Baron von Bonsdorff-Helsingfors, Andreas Boje-Kopenhagen, Sigval Jacobsen-Kristiania und Prof. Klumker-Frankfurt a. M.

Dritter billiger Suppenfleischtag. Am Donnerstag, dem 28. August, wird die Lübecker Fleischerinnung noch einmal einen billigen Suppenfleischtag veranstalten. An diesem Tage wird gutes Suppenfleisch zum Preise von 60 Pfennigen für das Pfund in allen Fleischerläden Lübecks verkauft werden. Eine Erhöhung des Preises hat sich nicht umgehen lassen, weil die Preise auf den Viehmärkten in den letzten Tagen derartig angezogen haben, daß der Preis für Suppenfleisch in diesem Falle als äußerst billig bezeichnet werden muß.

Gaspreise in 35 deutschen Städten. Aus einer Rundfrage des Frankfurter Magistrats ergeben sich zurzeit in 35 deutschen Städten folgende Gaspreise: Königsberg 26, Krefeld 25, Friedberg, Saalfeld, Wetzlar 24, Darmstadt, Duisburg, Würzburg 23, Aschaffenburg, Baden-Baden, Bautzen, Gießen, Halle, Hanau, Höchst a. M., Bad Nauheim, Stralsund, Wiesbaden 22, Frankfurt a. M., Kassel, Köln, Stettin 21, Bielefeld, Chemnitz, Dortmund, Karlsruhe, Leipzig, München 20, Berlin 19, Dresden, Hamburg, Nürnberg, Offenbach a. M. 18, Düsseldorf, Mannheim 17, Stuttgart 14 Pfg. **Wir sind also in Lübeck mit 19 Pfg. noch längst**

nicht am Schlechtesten dran. Immerhin erscheint auch dieser Preis reichlich hoch, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittspreis vor dem Krieg 13 bis 14 Pfennig betrug. Wenn auch die Kohlenpreise höher sind, als damals, die Werksverwaltung sollte doch einmal scharf nachkalkulieren, ob keine Verbilligung möglich ist. Gewinne dürfen jedenfalls in diesem Zweig nicht erzielt werden dazu ist die Notlage der Bevölkerung zu kraß.

Erbauliches aus der Lübecker J. A. H. Wir haben am Freitag unseren Lesern ein leider wenig erfreuliches Bild aus der Lübecker J. A. H. wiedergeben müssen. Daß wir damit in ein Wespennest stechen würden, war uns von vornherein klar. Zuerst erhielten wir eine Berichtigung von A h r e n s, die zwar keineswegs dem § 11 des Preßgesetzes entspricht, auf Grund dessen er ihre Aufnahme „verlangt", die wir aber doch bringen wollen, da wir durchaus nichts zu verbergen haben. Sie lautet:

1. Es ist nicht wahr, daß ich jemals Streikbrecher gewesen bin.

2. Es kann keine Rede davon sein, daß in der Versammlung auch nur der leiseste Vorwurf deshalb gegen mich gemacht worden ist, auch ist mir nirgend ein Vorwurf über meine gewerkschaftliche oder politische Tätigkeit in der Versammlung gemacht worden. Beweis: sämtliche Anwesenden in der Versammlung.

3. Wahr ist einzig und allein, daß ich im Jahre 1907 aus dem Maurerverbande ausgeschlossen bin, weil ich Unternehmer war und mit meiner Frau nach Feierabend ein Fuder Steine abgeladen habe, nachdem ich bereits zwei Strafmandate erhalten hatte weil ich Steinwagen über Nacht auf der Straße stehen ließ und der Maurerverband es ablehnte, die Strafmandate für mich zu zahlen.

4. Die Partei der SPD. weiß dieses ganz genau, da mir schon einmal von Herrn Asmus Beck in einer tätigen Genossen-Versammlung der SPD. der Vorwurf des Streikbruchs gemacht wurde. Derselbe hat in der nächsten Mitgliederversammlung auf meine Beschwerde die Beleidigung zurücknehmen müssen. Alle die in Ihrem Artikel gemachten Beleidigungen werde ich gerichtlich belangen.

Die Berichtigung hinkt auf sämtlichen Füßen. Wir sind der Angelegenheit nachgegangen mit dem Ergebnis, daß Streikbruch dem Herrn Ahrens tatsächlich nicht nachzuweisen ist. Wir stellen das ausdrücklich fest, da wir auch einem Gegner von so zweifelhafter Qualität keine unzutreffenden Vorwürfe machen wollen. Dagegen ist das, was Ahrens über seinen Hinausschmiß aus der Gewerkschaft zu berichten weiß, blanker Unsinn, wie jeder Gewerkschaftler aus der Berichtigung selbst ersehen haben wird. Die Polizeistrafen haben mit dem Ausschluß natürlich nicht das geringste zu tun; vielmehr ist er wegen fortgesetzten tarifwidrigen Verhaltens und Schädigung der Gewerkschaft ausgeschlossen worden.

Soviel zu Herrn Ahrens, der in unserer Notiz nur nebenbei erwähnt wurde und uns — mitsamt seinen erschröcklichen Klagedrohungen — verdammt wenig interessiert.

Wichtig dagegen für die Lübecker Arbeiterschaft ist es, zu wissen, was mit der J. A. H. los ist und was aus den aus Arbeitertaschen herausgezogenen Geldern geworden ist, ob sie Hungernden zugeführt oder in die Taschen raffinierter Gauner geflossen sind. — Es ist charakteristisch genug, daß die uns übersandte „Berichtigung" d a v o n kein Wort enthält.

Nur der „Lübecker Kommunist", das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hier erscheinende Bolschewistenblättchen erhebt natürlich ein furchtbares Gegacker, erklärt alles für SPD.-„Schwindel" und treibt die Frechheit sogar soweit, von „Schmutzfinken" im Volksboten zu gackeln.

Diesmal hat er das Maul aber doch ein paar Meter zu weit aufgerissen; denn ausgerechnet in derselben Nummer meldet derselbe „Lübecker Kommunist": .... **den Hinauswurf des Kassierers der J. A. H., z u r N e d d e n, aus der KPD.**

Wo sitzen also die Schmutzfinken?

Die Antwort mögen die Lübecker Arbeiter selbst finden.

Filmwerbung für Lübeck. Vom Nachrichtenamt wird uns geschrieben: Der Ausschuß für staatliche Verkehrswerbung hatte am Montag, dem 25. d. Mts., die Vertreter der Hauptindustrien, der Handels- und Schiffahrtskreise, in die Gemeinnützige Gesellschaft zu einer Aussprache über die beabsichtigte staatliche Filmpropaganda eingeladen. In der vor dem Leiter des Nachrichtenamtes präsidierten Versammlung wurde das Wesen und die Wirksamkeit der modernen Filmpropaganda erläutert und die Frage aufgeworfen, ob die Industrie- und Wirtschaftskreise bereit seien, sich an einem besonderen Industriefilm, der zunächst einmal die Lübecker Industrie zeigen sollte, zu beteiligen. Es war beabsichtigt, aus diesem, von der Industrie selbst zu finanzierenden Industriefilm einen Teil für einen besonderen Verkehrsfilm herauszunehmen, der die Wege des Exports und Imports über Lübeck in vorbildlicher Weise darstellen soll. In der Versammlung wurde die Filmpropaganda als wirksames Mittel im heutigen Wirtschaftsbetriebe anerkannt, und es war auch durchweg die Ansicht vorhanden, daß man sich an einer solchen Filmpropaganda beteiligen müsse. Gewarnt wurde nicht mit Unrecht vor einer Zersplitterung. Der herzustellende Film müsse nach einem klaren Programm, das abwechslungsreich, zugleich belehrend und unterhaltend sein müsse, ausgeführt werden. Dabei dürfe auch die Stadt und das Stadtbild nicht vergessen werden. Ein eigener Industriefilm schien zurzeit noch nicht allgemeinen Beifall zu finden, dagegen sagten die hervorragendsten Vertreter ihre Mitwirkung bei einem Verkehrsfilm zu. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß diejenigen Firmen, die sich an dem staatlichen Verkehrsfilm beteiligen wollen, nicht für sich Abschlüsse mit privaten Filmgesellschaften tätigen, ehe sie sich nicht mit dem Nachrichtenamt in Verbindung gesetzt hätten. Es kommt bei der Herstellung eines guten Films eben alles darauf an, daß der Film nach einheitlichen Gesichtspunkten und einem guten Programm durchgeführt wird. Den Firmen wird daher in den nächsten Tagen eine entsprechende Zuschrift des Ausschusses für staatliche Verkehrswerbung zugehen, in der sie auf die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Arbeitens hingewiesen und gebeten werden, ihre Entschlüsse erst nach Benehmen mit dem Ausschuß für staatliche Verkehrswerbung zu treffen. Einer beabsichtigten privaten Filmpropaganda einzelner Firmen soll hierdurch natürlich nicht vorgegriffen werden.

Die Lübecker Reichswehr ist gestern vom Manöver zurückgekehrt. Sie ließ es sich natürlich nicht nehmen, in der Stadt ein Paradestück aufzuführen, das viele Schaulustige anlockte. Die bürgerliche Presse überschlägt sich vor militärischer Begeisterung. Wir glauben, daß heute alles andere not tut, als militärisches Gepränge in den Straßen der Stadt zu entfalten.

Musikvorträge im Stadttheater. Zur Förderung des Musikverständnisses richtet die Intendanz mit Beginn der volkstümlichen Konzerte eine Reihe von Vorträgen ein, die an dem jedem Konzert vorhergehenden Sonntage von 12 bis 1 Uhr im Stadttheater unter erläuternder Mitwirkung von Solokräften der Oper und Herren des Orchesters gehalten werden sollen. Die Ausführung dieser Vortragsfolge übernimmt Generalmusikdirektor Mannstaedt. An zehn Vormittagen wird die Entwicklung der Musik von „B a c h b i s S t r a u ß" geschildert werden unter Berücksichtigung der bedeutendsten Meister (Bach, Haydn, Händel, Gluck, Beethoven, Mozart, Weber, Schumann, Schubert, Lortzing, Brahms, Bruckner, Wagner, Pfitzner, Debussy, Reger, Strauß). Die jedem Sonntage folgenden volkstümlichen Konzerte bringen im Anschluß an diese Vorträge in ihrem ersten Teil ein charakteristisches Werk der besprochenen Komponisten, im zweiten das leichtere Schaffen der entsprechenden Zeit, sodaß sich der Abend zu einem Gesamtbild rundet, das den Besuchern mit dem Geist und Wesen der damaligen Musik und dadurch mit der damaligen Zeit vertraut macht.

Für diese Vorträge wird ein Abonnement in der Theaterkanzlei des Stadttheaters ausgelegt, das gemeinsam mit den volkstümlichen Konzerten, die das gleiche Programm verfolgen, gelöst werden kann.

An alle, die etwas für die Jugend tun wollen!

Der Ruf nach einem **Erholungsheim für die Jugend** ist nicht ungehört **verhallt.**

Die Arbeiterjugend hat sich in den Dienst der Sache gestellt und bittet nun nicht nur die Jugend Lübecks, sondern auch alle Freunde der Jugend, ihr zu helfen, die nötigen Mittel zusammenzubringen.

Verschiedene größere Spenden sind schon zugesagt worden.

Nun geht der Ruf an die Bevölkerung Lübecks, mitzuhelfen, um Jugendnot zu lindern.

Immer wieder wurde in den letzten Jahren betont, die Jugend ist unsere Zukunft. Jetzt beweist durch die unterstützende Tat, daß ihr helfen wollt!

Für die Erwerbung eines prächtigen Erholungsheimes in günstigster Lage fehlen noch die nötigen Gelder. Soll daran das Werk scheitern?

Nein, nimmermehr!

Ihr Kaufleute, Industrielle, Handwerker, Beamte, Angestellte und Arbeiter, an alle Kreise der Lübecker Bevölkerung geht die Bitte, unterstützt unser Werk, das der Jugend dienen will!

Laßt unsere Sammler am Freitag und Sonnabend nicht ohne Gaben ziehen!

Auch der kleinste Beitrag ist willkommen! Viele Wenig machen ein Viel!

Zeigt, daß ihr der erholungsbedürftigen Jugend helfen wollt!

Die werktätige Jugend Lübecks.

SPD. Achtung, Beitragskassierer! Für August abrechnen.

Kücknitz. VI. S t i f t u n g s f e s t d e s A r b e i t e r - T u r n v e r e i n s. Zum sechsten Male begeht am kommenden Sonntag der Arbeiter-Turnverein Kücknitz sein Stiftungsfest. Eine harte Zeit liegt hinter uns. Doch lassen wir nicht mutlos den Kopf sinken. Durch Kampf zum Sieg! Trotz neun- und zehnstündiger Arbeit, trotz der wirtschaftlichen Not, die auf uns allen lastet, lassen wir nicht locker, zu werben und zu wirken für die Sache der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Daß auch in diesem Jahre wieder reichhaltige Programm zeugt von ernster Arbeit und zielbewußtem Streben. Am S o n n a b e n d sammeln sich die Sportgenossen Ecke Schwarzer Weg, Flender-Kolonie, zum F a c k e l z u g abends 8.30 Uhr. Anschließend finden in der Turnhalle turnerische Aufführungen statt. Der Sonntag gehört den Spielern und Sportlern. Durch Verpflichtung von Union, Hamburg, in Schlag- und Fußball darf man auf guten Sport rechnen.

Kücknitz. K i n d e r f r e u n d e f e s t. Das war am Sonntag ein Jubel und Trubel, der Kinder im Saale des Herrn Dieckelmann, wie es Kücknitz noch nicht erlebt hat. In dankenswerter Weise unterhielten Kinderfreunde von Lübeck, die Kleinen den ganzen Nachmittag mit Spielen und Tänzen. Viele Parteigenossen hatten von ihrem kargen Lohn Kuchen und Milch gespendet, sodaß der Tag ein wahres Fest der Freude wurde. Als dann der Genosse Süffe den Kindern die Frage stellte, ob es Ihnen gefallen hat, erschallte ein lautes „Ja". So war das Fest ein schöner Auftakt zur kommenden ersten Arbeit an den Arbeiterkindern, die mit ihren Eltern zur nächsten Zusammenkunft im obigen Lokal, morgen Donnerstag, den 28. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, herzlichst eingeladen sind. Die Spiele dauern bis 7½ Uhr. Um diese Zeit treffen sich dann die Jugendlichen im Alter von 14—18 Jahren, um die Gründung einer Arbeiterjugendgruppe zu beraten. Wir bitten die Eltern, mit ihren Kindern, sowie die Jugendlichen, wieder recht zahlreich zu den angegebenen Zeiten zu erscheinen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Durch die politischen Verhältnisse bedingt, kann unsere M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g e r s t a m M o n t a g, d e m 1. S e p t e m b e r stattfinden. Reichstagsabgeordneter Dr. Paul L e v i wird über die p o l i t i s c h e L a g e Bericht erstatten.

Sozialdemokratischer Verein, 5. Distrikt. Am Mittwoch, dem 27. August, abends 7½ Uhr Versammlung bei H e n n i n g s, Augustenstraße. Redner: Genosse A. H a u t. G. Schmalfeldt.

2. Distrikt. Donnerstag, 28. August, abends 7½ Uhr: Versammlung im G e w e r k s c h a f t s h a u s. Redner: Genosse A. W e i ß. E. Rose.

8. Distrikt (Ziegelstraße, Steinraderweg, Fackenburger Allee, Bohedstraße, Sedanstraße, Siedlung Dornbreite usw.) Donnerstag, 28. August, abends 7½ Uhr: Versammlung in der M a r q u a r d s c h u l e. Redner: Genosse A. H a u t.

M. Krogmann.

Vorwerk. Mittwoch 7½ Uhr: Versammlung im Lokale von L e m b r e c h t.

Es ist Pflicht eines jeden Genossen, der in diesen Distrikten wohnt, in den Versammlungen zu erscheinen. D e r V o r s t a n d.

Achtung, Distriktsführer! Bis Freitag abend 7 Uhr muß dem Sekretariat mitgeteilt werden, wieviel M a t e r i a l für die Werbewoche gebraucht wird. Der Vorstand der SPD.

Sozialdemokratische Frauen. Sonntag, 31. August, Ausflug mit Kindern nach A r n i m s r u h. Sammeln der Ausflügler 1½ Uhr bei der Normaluhr, Burgtorbrücke.

Stadttheater Lübeck. Mittwoch, abends 7.30 Uhr, findet die hiesige Erstaufführung von Frank Wedekinds Schauspiel „König Nicolo" statt. Die szenische Leitung hat Herr Dr. Karl Loewenberg. Donnerstag, abends 7.30 Uhr, „Freischütz". Freitag, abends 7.30 Uhr, „Wie es Euch gefällt". In Vorbereitung „Boccaccio", Operette in 3 Akten von Suppé.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Zur allgemeinen Beachtung! Den Lesern, Inserenten und Freunden des Lübecker Volksboten zur gefl. Nachricht, daß von nun an I n s e r a t e für das Blatt auch beim Genossen J o h s. K e t e l h o h n, Lübecker Straße 23, angenommen werden. Manchem wird durch diese Inseratenannahme ein umständlicher Weg oder Porto nach Lübeck erspart. Bei der weiten Verbreitung des Lübecker Volksboten in unserem Bezirk finden Inserate die größte Beachtung und wir hoffen, daß von der Neueinrichtung reger Gebrauch gemacht wird.

Burg a. F. B e r g u n g a u f h o h e r S e e. Von dem fehmarnschen Lotsen Fritz Schween wurde das Leichterschiff „Heinrich" von Stettin auf hoher See mannlos angetroffen. Mit seinem Motorfahrzeug „Sturmvogel" schleppte Schween das aufgefundene Leichterschiff bei hochgehender See in den Hafen von Burgstaaken ein. Die Ladung des „Heinrich" besteht aus Steinkohlen und Schwefel.

Sport.

Spielfolge Sonntag, 31. August. Morgens 8 **Uhr: Antret** zum Wettkampf. 10 Uhr: 10×100-Meter-Staffette. **10½ Uh** Stockelsdorf I komb. — Kücknitz II. Seeretz I — **Travemünde** Fußball Union Jgd. — Kücknitz Jgd. 1 Uhr: **Antreten säm** Mannschaften im Sportanzug bei E. Faase. 1.30—2.30: Schla ball. Faustball Lüb. Abt. II 1 — Kücknitz I. 2.40—3.40 Schla ball Union I — Kücknitz I. 2.40—4.20 Fußball Union II geg Stockelsdorf I. 4.30—6 Uhr: Union I — Kücknitz I.

J. A.: A. Sternberg.

Bezirks-, Turn- und Sport-Ausschuß. Sitzung am Freita 29. August, abends 7 Uhr, im Sportheim, Hundestr. 41. Erscheine dringend notwendig, wichtige Tagesordnung.

B e z i r k s t u r n s p i e l e d e s 6. B e z i r k s.

Folgende Spiele werden neu angesetzt:

A. F a u s t b a l l:

Dat.	Zeit	Nr.	Gegner	Kl.	Platz	Schiedsrichter
31.8.	3.00	172	Schlut.2—Lüb.Abt. I 2	2	Kücknitz	Kücknitz.
"	3.40	259	Schlut.2—Lüb.Abt.II 2	2	"	"
"	5.00	263	Schlut.2—Lüb.Abt. I 2	2	"	"

B. S c h l a g b a l l.

31.8.	4.00	Lübeck,Abt.1—Kücknitz	1	Kücknitz	Bernhagen,Sch

Der Spielausschuß. J. A.: A. Rahlfs.

Die am Montag, dem 25. August, stattgefundene Spielau schußsitzung beschäftigte sich mit der Aufstellung der Mannschaft für die am 7. September beginnende Serie der Gruppe Lübe und zwar spielen die Mannschaften in folgender Reihenfolg

1. Mannschaft:

Fick (Jgd.)
Musefeldt Wilms
H. Krasch, K. Hertwig, M. Krasch
Wörnke, Bernimb, Popp, W. Mulack, Seifert (Spielführe
Ers. Lüders (Jgd.).

2. Mannschaft:

Lüth
Martens Westphal
Hennings, Fick, Stier (Spielführer)
Schröder (Jgd.), Schütt (Jgd.), Lüders (Jgd.), Hick, F. Mul
Ers. H. Buck.

3. Mannschaft:

Wohlers
Eggert Einfeldt
Laskowski, Simoleits, Gatermann
F. Neumann, Frank, Meyborg, Meyborg, Bansmer
Ers. Th. Schwarz.

4. Mannschaft:

Fischer
Lender (Jgd.) Martens (Jgd.)
Hecke, Stille, Schuster
Alb. Fritz, Aug. Fritz, Hertwig, Kolz, Willbrandt
Ers. Schmidt.

Irgendwelche Einwendungen bezw. Wünsche von seiten d Spieler sind bis spätestens Montag, den 1. Sept., schriftlich bei Spielausschuß einzureichen.

Jeder Spielführer der Mannschaft wird aufgefordert, vor B ginn der Bezirksspiele eine Mannschaftsversammlung einzub rufen. Pässe und Paßbilder, welche noch im Besitz der Spiel sind, sind auf dem schnellsten Wege an den Gen. Heuer abzuliefer

Jugendliche Mitglieder, beteiligt Euch an dem Spielbetrie damit wir auch eine Jugend-Mannschaft aufstellen können. De gleichen werden sämtliche Schüler, die noch dem Verein ang hören und spielen wollen, aufgefordert, am Freitag abend 6½ U auf dem L.-T.-Platz (Dornbreite) zu erscheinen, auch betr. Au stellung einer Mannschaft, welche am 7. 9. gegen Seeretz (Schüle spielen soll.

Bezirksspiele sind am 7. September ferner:

FSV. 1	gegen	A.-T.-V. 1	Falkenwiese
FSV. 3	"	A.-T.-V. 2	Falkenwiese
FSV. 2	"	Seeretz 1	in Seeretz
FSV. 4	"	Seeretz 2	in Seeretz

Freie Sportvereinigung Lübeck. Der Spielausschuß: W.

NB. 1 Mannschaft am 31. 8. gegen Elmshorn in Elmshor Abfahrtszeit wird noch jedem Spieler bekanntgegeben.

Vermischte Nachrichten.

Hundert Mark Geldstrafe für Zinswucher. Aus Fulda wi berichtet: Der Bankvorstand Clemens Hartmann aus Würzbur früher in Gersfeld, ist vom Schöffengericht in Fulda wegen Le stungswucher zu einer an Stelle einer Gefängnisstrafe von ein Woche tretenden Geldstrafe von 200 Goldmark und weiter einer Geldstrafe von 100 Goldmark verurteilt worden, weil er Gersfeld im November und Dezember 1923 als Leiter der Rhö bank in Gersfeld vorsätzlich für die Gewährung von Geld 15 Pr zent Provision für den Tag gefordert und sich hierdurch des vo sätzlichen Leistungswuchers schuldig gemacht hat. Das Urteil vom Oberstaatsanwalt veröffentlicht worden. — Das Urteil der deutschen Justiz wahrhaft würdig. Hundert Mark Strafe f Zinswucher! Wer lacht da? — Sicher alle Schieber im ganz Reich. Würde aber mal bei einer Hungersnot ein Brotlad ausgeräumt, dann sorgt die Klassenjustiz schon dafür, daß die hu gernden Menschen nichts zu lachen haben!

Zur Hebung der deutschen Flotte. Die Hebung der in Sca Flow versenkten deutschen Flotte macht rasche Fortschritte. In d letzten vierzehn Tagen wurden zwei Zerstörer gehoben, der dri soll in dieser Woche an die Reihe kommen. Die Bergungsarbeit werden während des Winters fortgesetzt werden. Die Schlac schiffe „Hindenburg" und „Seydlitz" sollen jedoch erst im nächst Jahre gehoben werden.

Mißernte in Galizien. Der Ministerpräsident Grabski mehrere Abordnungen der galizischen Landwirte empfange welche die katastrophale Lage der Landwirtschaft in Galizien da legten. Hochwasser und Hagel haben die Wintersaaten zum T vernichtet. Die Kartoffelernte ist sehr ungünstig ausgefalle

Ueber Saatgetreide wird Galizien nicht verfügen. Die Landwirte verlangen langfristige Kredite und kostenlose Verteilung von 250 Waggons Saatgetreide unter die am schwersten betroffenen Kreise. Ferner müßten Steuererleichterungen gewährt und die Zahlung der zweiten Rate der Vermögensabgabe gestundet werden.

Mordprozeß gegen Chikagoer Millionärssöhne. Von Alaska bis zur Küste des Stillen Ozeans sind heute in Amerika aller Augen nach Chikago gerichtet, wo soeben der Prozeß gegen die beiden jugendlichen Mörder Leopold und Loeb begonnen hat, die beiden 18jährigen Millionärssöhne, die geständig sind, den 14jährigen Schüler Frank grausam abgeschlachtet zu haben, um ihrem kranken Geiste eine neue Sensation zu verschaffen. Arnaldo Cipolla, der Berichterstatter der Stampa, der eigens nach Chikago gereist ist, um der Prozeßverhandlung beizuwohnen, kabelt seinem Blatte den folgenden Bericht über den ersten Verhandlungstag: „Der Schauplatz des Prozesses ist ein Saal, der uns ein recht ungewöhnliches Milieu entrollt. Von Feierlichkeit keine Spur. Der kleine Saal liegt im fünften Stock eines alten grauschwarzen Gebäudes. Die Angeklagten sehen viel älter aus, als sie sind. Sie haben ihren Platz links von dem Vorsitzenden Valvery. Ihr gleichgültiges Aussehen läßt darauf schließen, daß sie an alles eher denken, als an den schimpflichen Tod, dem sie entgegensehen, wenn es nach dem Willen der Mehrheit des amerikanischen Volkes geht. Denn die Volksstimme verlangt stürmisch die Verurteilung der beiden verkommenen jungen Leute, nicht nur als Sühne für ein scheußliches Verbrechen, sondern aus dem Wunsche heraus, der Welt den Beweis zu erbringen, daß in den Vereinigten Staaten das Gesetz auch vor Millionären nicht halt macht. Gerade in dem Augenblick, als ich den Saal betrat, sprach der Verteidiger Darrow. Mit wahrhaft diabolischer Geschicklichkeit suchte er zu beweisen, daß die Angeklagten nicht das entartete Produkt amerikanischer Sittenlosigkeit, sondern vielmehr als Opfer der europäischen Kulturverirrung anzusehen seien. Er verweist daneben auf Aretino und Benvenuto Bellini, die in erster Reihe für die Erziehung Loebs und Leopolds verantwortlich zu machen seien. Aus der Lektüre ihrer Bücher hätten die beiden ihre krankhafte Leidenschaft geschöpft, die sie zur Begehung des Verbrechens führte. Die öffentliche Meinung ist aber überzeugt, daß trotz allen Anstrengungen, die der Staatsanwalt Crow machen wird, um eine Verurteilung herbeizuführen, die Mörder dem Tode entgehen werden. Das Vermögen der Familien Loeb und Leopold wird auf die Kleinigkeit von 20 Millionen Dollar geschätzt. Das bedeutet, daß der Prozeß ins Endlose ausgedehnt werden kann, und daß die Verteidigung eine ganze Legion von wissenschaftlichen Autoritäten aufmarschieren lassen wird, die die Unzurechnungsfähigkeit der beiden Mörder begutachten wird. Der Staatsanwalt Crow ist sich durchaus der Bedeutung der Urteilsfällung und Rechtsfindung bewußt. Er weiß, daß das Urteil als ein Prüfstein für die amerikanische Moral angesehen werden wird. Der Vorsitzende Valvery, in dessen Händen die Leitung des Prozesses liegt, erfreut sich in der Oeffentlichkeit unbeschränkter Achtung und hat sich bisher musterhaft unparteiisch gezeigt.

Neue Pharaonengräber im Tal der Könige. Nach Zeitungsmeldungen sind im Königstal in Aegypten drei neue Königsgräber entdeckt worden. Diese seien tausend Jahre älter als das Grab Tut-anch-Amons. Die Gräber wurden von einem amerikanischen Bankier aus Chicago aufgrund von Inschriften entdeckt, die im Grabe Tut-anch-Amons gefunden worden waren. Da die ägyptische Regierung nicht über die nötigen Geldmittel verfügt, um kostspielige Ausgrabungsarbeiten vornehmen zu lassen, will der amerikanische Bankier versuchen, in Amerika die nötigen Kredite aufzubringen, um dann unter der Kontrolle der ägyptischen Regierung die Ausgrabungen vorzunehmen.

So leben sie! „Herald" und „Tribune" berichten aus Neuyork, daß 15 Meilen von Fire Island ein 17 000-Tonnen-Dampfer liege, der in ein prächtiges Hotel umgewandelt worden sei. Auf dem Schiffe finden große Gesellschaften statt, die von seiten wohlhabender Gäste gegeben werden. Die Teilnehmer erreichten das Prunkschiff in Jachten und anderen Booten. Die Vertreter, die das Prunkschiff von Long Island aus erreichten, erklären, man zahle eine Respektgebühr von 5 Dollar für das Betreten. An Bord sei eine Neger-Jazzkapelle. Nach dem Tanze fänden Kinovorstellungen statt. Für Getränke zahle man 1 bis 1½ Dollar, für Weine 20 Dollar. Das Prunkschiff führt die britische Flagge. Das Silberzeug und Leinen sei mit dem Namen des früheren deutschen Dampfers „Friedrich der Große" gezeichnet. Unter den Gästen befänden sich auch Frauen. Alles an Bord verschweige Registrierung und den Heimathafen des Schiffes, das seinen Standort häufig ändere.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Moderne Erziehungsarbeit.

Am Sonntag versammelte sich der gesamte Lübecker Chorverein in der Kirche der Strafanstalt Lauerhof, um die Anstaltsinsassen durch ein Konzert zu erfreuen.

Brechend mit dem alten System der Vergeltung, gilt es heute in erster Linie, erzieherisch auf die Leute einzuwirken. Viele der lieben Sängerinnen und Sänger sind sich wohl kaum dessen bewußt gewesen, welch edlen Samen sie in die Herzen dieser dem Gesetz verfallenen Menschen gestreut haben. Unter Herrn Kempers bewährter Leitung wurde ein Programm abgewickelt, welches dem Chorverein Ehre macht. Diese Sprache des Gesanges wurde von den Insassen wohl verstanden. An Hand der ausgeteilten Textblätter konnten die Zuhörer den Wortlaut der gebotenen Stücke verfolgen. Da sah man begeisterte Gesichter und in den Augen mancher auch einige ungeheuchelte Tränen. Hier wurde von den edlen Sängern der Weg zum Guten, Wahren und Schönen gezeigt. Derartige Darbietungen erleichtern dem Anstaltspersonal die schwere Erziehungsarbeit ungemein. Mit bewegten Worten dankte Herr Direktor Boy am Schlusse allen denen, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten. Mögen den armen Gefangenen immer wieder solche Stunden geboten werden, dadurch wird der Wille zum reinen Lebenswandel gestärkt und gehoben. Den Sängern an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank.

Blanke, Strafanstaltswachtmeister.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die Veränderung der Wetterlage gegenüber dem Vortage ist wieder gering. Von dem Zentrum der Depresion über dem nördlichen Nordseeeingang ziehen sich Randwirbel an der Nordseite des nach West- und Mitteleuropa reichenden Hochdruckteils nach dem Tiefdruckgebiet über Rußland. Die Zufuhr ozeanischer Luft bleibt bestehen, so daß der unbeständige Charakter der Witterung bestehen bleibt.

Vorhersage für den 27. und 28. August.

Bei wechselnder Bewölkung vereinzelt Regenfälle, Temperatur wenig verändert.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 26. August. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt verlief heute in recht ruhiger Stimmung, in deutscher Wintergerste war das Angebot weniger reichlich. Neuer Weizen wurde auf September-Lieferung mehr angeboten, ohne wesentliche Beachtung zu finden. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo. (4,20 Rentenmark = 1 Dollar.) Weizen 195—210, Roggen 154 bis 162, Hafer 176 bis 184, Sommergerste 200—212, Wintergerste 182 bis 190 Mk. ab inländischer Station einschl. Vorpommern. Ausländische Gerste 218—224, Mais, loko (frei Kaiwaggon) 175—177. Oelkuchen stetig.

Amtlicher Teil

Beschluß.

Ueber das Vermögen des Zigarrenhändlers **Hermann Kock in Lübeck**, Untertrave Nr. 6, wird zur Abwendung des Konkursverfahrens die Geschäftsaufsicht angeordnet und der Kaufmann **Niels Jensen in Lübeck** als Aufsichtsperson bestellt.

Lübeck, den 26. August 1924.

7188) **Das Amtsgericht, Abt. II.**

Ueber den Nachlaß des in Lübeck verstorbenen Kaufmanns Heinrich Conrad Ludwig **Bartels** ist die Nachlaßverwaltung angeordnet. Nachlaßverwalter: Bücherrevisor Alfred **Fischer**, Lübeck.

7182 **Amtsgericht Lübeck.**

Oeffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 29. d. M., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses:

Büfetts, 1 Kredenz, Sofas, Wäschezier- u. a. Schränke, 1 Chaiselongue, Auszieh- u. a. Tische, Stühle, Sessel, Schreibtische, 1 Regulator, Teppiche, Bilder, Schreibmaschinen, Pelzmäntel, Spiegel, Aktenregale, 1 Barometer, Geweihe, 1 Geldschrank, 1 Partie Zigarren, 1 Partie Fahrradteile (Handgriffe, Ketten, Schlösser, Naben, Laternen, Herren- und Damensattel, Taschen), 1 Partie Schokolade, 1 Stuhlwagen, 1 Jagdwagen, 1 Fenag-Licht- u. Anlassermaschine

und vieles andere mehr.

7180 **Das Gerichtsvollzieheramt.**

Nichtamtlicher Teil

Geschäftseröffnung.

Den geehrten Einwohnern von **Ratekau** u. Umgegend zur gefl. Beachtung, daß ich mit dem heutigen Tage ein

Kolonial- u. Fettwarengeschäft

eröffne. 7157

Indem ich bitte, mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen zeichne

Hochachtungsvoll

Rudolf Ulrich.

Ballenstroh . .	Ztr. 2.20
Roggenschrot .	„ 9.50
Gerstenschrot .	„ 10.50
Weizen und Gerste	Pfd. 11 ₰
Kleie	„ 8 ₰
Mais	„ 11 ₰
Kartoffeln 10 Pfd.	45 ₰

zentnerweise billiger.

Schlaering

Adlerstr. 4

7185) Schwarzer Adler

Gefunden am 25. 8. im Knickweg v. Hansaring b. Moisl. Allee ein Doppelring. Abzuholen (7187 Hansaring 10, II.

Achtung! Achtung!

Hände Immer Rein Und Sauber!

Jeder Haushalt, jeder Handarbeiter, als Schlosser, Schmied, Monteur, Mechaniker, Buchdrucker, landwirtschaftlicher Arbeiter, Chauffeur usw., jeder Betrieb, in welchem ölige, schmierige und russige Arbeiten verrichtet werden, jeder Auto-, Motorrad- und Radsportler sollten die neue, ges. gesch.

„Hirus"-Seife (ges. gesch.)

in Gebrauch nehmen.

Ein Versuch, der auch Sie von der überraschenden Wirkung dieses einzigartigen Waschmittels überzeugen wird, macht Sie zum dauernden Anhänger dieser Seife. Der lästige Schmutz bei öligen, schmierigen sowie überhaupt allen schmutzigen Arbeiten, der bisher auch nach der sorgfältigsten Reinigung und erheblicher Zeitaufwendung nie ganz zu beseitigen war, wird mit Hilfe der neuen „HIRUS"-Seife in Sekunden gänzlich entfernt. Dabei wirkt dieselbe durch ihren hohen Glyceringehalt außerordentlich günstig auf die Haut ein und verhindert jede Sprödigkeit usw. 7164

Die Seife ist in

200 g-Dosen	15 kg-Fässer
1 kg „	25 kg „
5 kg „	50 kg „

in sämtlichen Kolonialwaren-, Drogen-, Auto- und Fahrradhandlungen erhältlich, sonst durch

Hermann Kruse, Lübeck, Breite Str. 65, I.

Tüchtige Provisionsvertreter werden noch gesucht.

Zum 10. Todestage

Ludwig Frank

Ein Beitrag zur Entwicklung der Sozialdemokratie.

Preis: Brosch. 1.20 Mk.

Buchhandlung

„Lüb. Volksbote"

Johannisstr. 46.

Privat-Unterricht in Handarbeiten gibt (7168 **Berta Nilsson,** Eschenburgstr. 21a.

Junge Frau mit guten Empfehlung. sucht Morgenstelle. (7166 Ang. u. **D 347** a. d. Exp.

Wer überläßt einfach. kinderl. Ehepaar 1-2 leere Zimmer b. entspr. Miete? Ang. u. **D 346** a. d. E. (7165

Junges Ehepaar mit 1 Kind sucht möbliertes Zimmer mit Küche. Das. ein gut erhaltener Kinderwagen bill. zu verk. 7174) Waisenhofstr. 35, I. r.

Kaninchen mit u. ohne Stall sof. billig z. verk. 7177) Schönkampstr. 21a.

Hansa-Theaterklause

Pächter: J. WEIDENFELLER

Neu eröffnet!

Freier Eintritt! — Freier Eintritt!

Ab Donnerstag, den 28. August, abends nach der Vorstellung:

Stimmungs-Konzert

Neu! für Lübeck Neu!

Von Donnerstag bis inkl. Sonntag:

4tägiges Gastspiel

Iwan Schustoff

mit seinem berühmten Original russischen **Balalaika-Orchester aus Moskau** in ihren eigenartigen Musikdarbietungen und Stimmungsgesängen, 7186

u. a. zum ersten Male: **Russisches Jazz-Band**

Die Klause ist bedeutend vergrößert und gänzlich renoviert.

Küche und Keller bieten das Beste.

Arbeiter-Turn-Verein, Kücknitz.

VI. Stiftungsfest

am Sonntag, d. 31. August 1924

Festfolge 7199

Morgens ab 8 Uhr: **Leichtathletische Wettkämpfe, Stafetten und Spiele.**

Mittags 1 Uhr: **Antreten der Spielmannschaften in Sportzeug** b. E. Faase.

Wettspiele im Fuß-, Faust- u. Schlagball u. a.: **Union I** Hbg.—**A.T.V. Kücknitz I**

Abds. ab 6 Uhr: **Festball** b. W. Dieckelmann.

Sonnabend, den 30. August

Abends 8½ Uhr: **Fackelzug**, anschließend **Turnerische Aufführung** (Schulturnhalle)

Eleg. Damen-, Mädchen-, Herren-, Knaben-Konfektion, eleg. Kleiderstoffe, Velves, Frotteés, Cheviots, Aussteuer, Wäsche, starke u. eleg. Schuhwaren für Damen, Herren, Kinder, Manchester usw.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1 (7179) St. Petri 2 u. 4

Betten — Inlett — Leinen.

CERAFLOR

Bohner-Wachs

LÜBECKER WACHSWERK-LOSS & Co. LÜBECK

7161

Neuer Bierverlag

Busch & Co.,

Mengstr. 30 Fernspr. 1313

empfehlen ihre Biere in tadellos gut funktionierenden

Bierfaß-Automaten

a 5 u. 10 Liter Inhalt. (7181

Mehl- u. Futtermittel

Marie Meyer,

Gr. Burgstraße 11. 6972

Gesellschaftshaus „ADLERSHORST".

7160) Morgen Donnerstag: **BALL.**

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (7155

Liebknechts

Volksfremdwörterbuch

Gebunden Mk. 8.—

Buchhandlung „Lübecker Volksbote"

Johannisstraße 46

Deutscher Holzarbeiter-Verb.

Verwaltungsstelle Lübeck

7176)

Achtung!

Holzarbeiter-Jugend!

Versammlung

am Donnerstag abend 8 Uhr im **Gewerkschaftshaus.** Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Der Jugendleiter.

Reisekörbe, Wäschekörbe, Einkaufskörbe u. Korbmöbel

Große Auswahl und sehr billige Preise.

Eigene Werkstatt

Karl Nielsch, Lübeck, Korbmacher, 7173

Untere Gr. Gröpelgr. 18.

Dr. Hegewisch, Zahnarzt zurück. (7169

Entlaufen

am Dienstag abend ein junger Schäferhund mit Halsband. Abzugeben gegen gute Belohnung b. 7178) **F. Hinz,** Untertrave 4—5.

Trocadero

Schüsselbud. 4. F. 787

Stimmungs-Konzerte 7169

Hansa-Theater

Der große **Eröffnungs-Spielplan.** 7171

10 gr. Varieté-Sensationen

Tägl. 8 Uhr

Stadttheater Lübeck

Mittwoch 7.30: **König Nicolo**

Donnerstag 7.30: (7167 **Freischütz**

Freitag 7.30: **Wie es Euch gefällt**

Die Stimme der Jugend

An die neue Jugend.

Auch ich war jung —
Wie ihr.
Die Jugend sang
Mir dieses Lied
In Sturm und Drang:
„Vertraue dir!
Halt wach das heilige Feuer,
Den lauteren Quell halt rein!
Du sollst ein selbstgetreuer
Kämpfer des Lebens sein."

Was Jugend singt —
Die Zeit
Erprobt, was Tat
Und Werk vollbringt.
So weiht
Des Lebenskampfes Sinn und Ziel,
Und ringt!
Facht an die Purpurflamme,
Die Volk und Welt erneut,
Und seid von jenem Stamme,
Der Trotz dem Sturmwind beut!

Karl Henckell.

Reaktion und Arbeiterjugend.

(Von einem Alten.)

Der reaktionäre Terror in Vorpommern müßte jedem Republikaner und Arbeiter zu denken geben. Es muß ihm die Augen darüber geöffnet haben, wohin wir zurückgeschleudert werden, wenn diese reaktionäre Sippe die Herrschaft über unsere deutsche Republik erlangt. Der kümmerliche Rest revolutionärer Errungenschaften, mitsamt der ganzen republikanischen Staatsform würde der Vergangenheit angehören.

Die Lebenslage der Arbeiter, die gewiß erbärmlich ist, würde noch weiter herabgedrückt, schutz- und rechtlos würden sie den Vampyren gegenüber stehen. Dieses frivole und verbrecherische Treiben darf die Arbeiterschaft allerorts nicht ruhig und tatenlos ansehen. Sie muß diesem Geschmeiß ein „bis hierher und nicht weiter" zurufen; denn an den Grundfesten unserer Republik darf nicht gerüttelt werden!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist die Vereinigung aller wahrhaft republikanischen Frontsoldaten, eine junge, aus der Not der Zeit hervorgegangene Vereinigung. Sie ist berufen und befähigt die Republik zu schützen vor dem völkischen Wahn. Und welches Vertrauen die arbeitende Bevölkerung in diese Vereinigung setzt, zeigte sich recht deutlich an den Veranstaltungen, welche vom Reichsbanner anläßlich der Verfassungsfeier veranstaltet waren. Die Willenskundgebung war in ihrer Größe ein unvergeßliches, imposantes Bild. Die organisierte Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß dieses Vertrauen noch mehr befestigt wird.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sei unser Schutz, den Gegnern ein Trutz!

Noch eine Vereinigung, die ebenfalls zum Schutz der Republik eintritt, ist in diesem Jahre des Oefteren an die Oeffentlichkeit getreten. Es ist unsere junge Garde, unsere vortreffliche sozialistische Arbeiterjugend, die immer auf dem Plan erscheint, wenn es gilt, Arbeiterinteressen zu fördern, sei's bei der Wahl, sei's bei Kundgebungen. Aus sich selber heraus hat sich der Verein auf ein geistig hochstehendes Niveau gehoben. Nicht Kitsch und Klatsch wird getrieben, Lehrmeister ist die freie Natur und aus der wird geschöpft. Mit Genugtuung und Freuden wird es von der organisierten Arbeiterschaft anerkannt. Wer ein Herz für die sozialdemokratische Arbeiterjugend hat, der unterstütze finanziell die Bewegung und ihre Einrichtungen. Manch „Alter", enttäuscht und verärgert durch die Ereignisse nach der November-Revolution wird aus seinem Schmollwinkel hervorkommen, er wird erkennen, daß die Verhältnisse stärker waren als der Wille des unvollkommenen Menschen, wenn er der Jugendbewegung in irgend einer Form näher tritt.

Der vortreffliche Geist, der in dieser sozialistischen Gemeinschaft herrscht, muß auch ihn in seinen Bann ziehen und ihn mit neuem Lebens- und Kampfesmut versehen. Trefft ihr irgendwo einen Trupp sozialistischer Arbeiterkinder, die singend die Straße daher ziehen, begleitet sie ein Stück Weges und erfreut euch an dem Geist, der aus ihren Liedern strömt. Eine Arbeiterschaft, die solche Jugend hat, die ist nicht verloren; es sei denn, sie gibt sich selber auf! Darum ihr Arbeiter-Eltern, schickt eure Kinder in die sozialistische Arbeiterjugend, es wird euch nie gereuen! Laßt euch nicht betören und blenden von bürgerlichen Vereinen und ihren Veranstaltungen. Laßt die Söhne „besserer Stände" mit ihren Narrenkappen unter sich bleiben, um Affentheater aufzuführen; Arbeiterkinder sind hierfür zu schade. Haltet hoch und rein eure Arbeiterehre!

W. Sch.

Feste und Feierlichkeiten.

Dieser Aufsatz, der uns von einem unserer Freunde aus dem Kreis der Jungsozialisten zur Verfügung gesandt wurde, wird manchen durch seine schwer-verständliche Form abschrecken. Aber der Inhalt scheint uns schon wert, darüber nachzudenken. Vielleicht gibt er auch anderen Anlaß, das Wort dazu zu nehmen. D. Red.

Nicht immer kann man sich enthalten, Ereignisse vorübergleiten zu lassen, die einem einige kritische Erwägungen abzwingen, selbst wenn sie als Ansporn und Fortschritt in unser Bewußtsein treten. Ich denke an die Festlichkeiten anläßlich des Verfassungstages. Nichts kann uns darüber täuschen, und wir können es als Genugtuung feststellen, der überzeugte Wille der republikanischen Bevölkerung kam einheitlich und machtvoll zum Ausdruck; und doch entbehren wir etwas, was auch der durch die Reaktion hervorgerufene stärkere Zusammenschluß nicht bringen kann. Man nehme aber nicht an, ein Einzelfall solle hier zerpflückt werden, denn dazu war gerade diese Kundgebung zu erhebend und zu bedeutend, er rückt nur wiederum ein tiefgreifendes Problem in den Vordergrund.

Was wir entbehren in dem Begehen von Festlichkeiten ist eine Stimmung, die ich als Weihestimmung ansprechen möchte, gleichsam eine Bewußtwerdung von nicht immer pulsierenden, bei ihrem Hervorbruch aber alles in Bereitschaft setzenden Strömungen, innerliche Bewegtheit. Sie bewegen sich im Grunde um dasselbe Problem, das durch Jahrtausende Kirchen und Konfessionen ihr oft unermeßliche, aber fälschlich ausgenützte und ausgelegte Triebkraft in ihren Bestrebungen gab.

Wo eine Vielheit von Menschen sich zusammenfindet, da ist alles gegeneinander abgesteckt und verschanzt. Nur, was wir so Momente der Gemütlichkeit nennen, die sich gelegentlich im Beisammensein einiger weniger Menschen bemerkbar macht, ist dann eine durchaus unzulängliche, deshalb aber um so bittere, ja verletzende Ausnahme. Stunden der größten Einsamkeit ist es vorbehalten, den einzelnen Menschen an die Schwelle zu heben, wo er vorbehaltlos und uneingeschränkt an Linien und Zusammenhänge rührt, die im Rhythmus des Gemeinschaftlichen, der Gesamtheit kaum oder jedenfalls ganz anders zutage treten. Und hier haben wir eines der unverzeihlichen Uebel zu suchen, denn dieser Rhythmus der Gesamtheit ist unausgeprägt, ja vielleicht ganz verloren gegangen und wird jedenfalls nimmer genügend erkannt. Eine ausgesprochene, klare Einstellung zur Vielheit ist nicht vorhanden. Mit diesem Mangel steht das in engster Verbindung, was wir als Festlichkeit ansehen. Verhehlen wir uns nicht, wo wir eine solche begehen, selbst da ist immer noch ein wühlender Rest von geheimer Opposition in uns. Es ist bitter, dergleichen immer wieder erfahren zu müssen, gleich verderbnisvoll jener Tatsache, daß Feierlichkeiten großen Teils nur als eine unterhaltende, kurzweilige Unterbrechung im Gange des Tagtäglichen angesehen werden. Könnte nicht einmal die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, eine Feier, der doch stets eine starke innere Verbundenheit zugrunde liegen soll, zum Range eines Kults (nicht zu verwechseln mit irgend welchen zeremoniellen Salbereien!) zu erhöhen?

Erinnern wir uns an frühere Kulturen! Es ist sicher: der Druck, die Wucht, durch Jahrtausende der Entwicklung bedingt, erreicht durch die tausendfältige Front, welcher der Mensch in allen Richtungen gegenübersteht, ist unermeßlich gewachsen. Wieviele Inhalte, welche Bekenntnisse schwingen in unserem Bewußtsein! Chaotisch drängt sich eins ums andere. Jede neuentdeckte Weltanschauung dünkt uns fast wie eine verschwiegene Flucht vor dem Tausendfältigen; Flucht deswegen, weil sie eingetauscht wird gegen eine lebensnotwendige Einheit, wenngleich ein geheimes Gefühl sich dagegen wehren mag. Wir sahen, wie der Raum um den Einzelnen beängstigend wuchs, wie die Fülle und Variationen von Dingen und Zuständen eine fhier unbenennbare wurde und betitelten ihre Folgeerscheinung Individualismus. Dagegen verschwand allmählich das Gefühl des Gemeinschaftlichen. Jeder hatte mit sich mehr als genug zu tun. Der sogenannte Egoismus war in seiner Blütezeit. Wir wissen, frühere Kulturen trugen ein anderes Gesicht. Gemeinschaftlichkeit und Verbundenheit miteinander gab dem Leben in allen Richtungen ein oft herrlich anmutendes Gepräge. Die Person war noch durch keinen Bannkreis belegt.

Uns mangelt gerade heute jene Verbundenheit. Wir kennen wohl Versammlungen, Konferenzen, Diskussionsabende und dergl. Wir besitzen aber nichts, das auch nur annähernd das Gepräge einer Weihehandlung, einer Feierlichkeit im kultischen Sinne trüge. Es ist eine Strömung notwendig, die durch nichts, weder durch Manifeste noch durch Demonstrationen ersetzt werden kann, es ist jene, die tiefer greift und uns in allen als höchstes Erlebnis das gemeinsame und eine erschütternde Aehnlichkeit erkennen läßt, die am liebsten zu jedem Bruder und Schwester sagen möchte. Selbst dem Theater kommt bei weitem noch nicht diese Bedeutung zu und hält schon gar keinen Vergleich aus in Hinsicht auf die Bedeutung, wie sie etwa von Jahrtausenden die griechisch-klassische Chorbühne schon hatte.

Kalt sind unsere Feste! Ja oft erzwungen. Sollten immer nur große Erschütterungen notwendig sein, um plötzlich und gedrängt die Notwendigkeit dieser so wichtigen Verbundenheit zu beweisen? Vielleicht beruht der Sinn einer Wende auch darin, daß die Epoche der Abgrenzung untereinander, des Fliehens voneinander beendet ist.

Achtung, Jugendgenossen!

In Lübeck ist zurzeit eine Ausstellung junger Kunst, wie sie in solcher Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit nur selten zu sehen ist. Leider ist der Eintrittspreis hoch, auch wird allein so mancher mit den expressionistischen Blättern, die jetzt im Behnhaus zu sehen sind, wenig anfangen können.

Wir haben daher Herrn Dr. Heise, der die Ausstellung aufgebaut hat, gebeten, für unsere jungen Genossen eine Führung zu veranstalten. Er hat sich in entgegenkommendster Weise dazu bereit erklärt.

Die Führung findet am nächsten Sonntag, dem 31. August, um 9½ Uhr im Behnhaus statt.
Teilnahme unentgeltlich.

Auch ältere Genossen, die besonderes Interesse an bildender Kunst haben, sind willkommen.

Hoffentlich nehmen recht viele von Euch diese Gelegenheit, sich in das Wesen neuer Kunst einführen zu lassen, wahr.

Die Jugend und unser Theater.

Unser Theater hat seine Pforten wieder geöffnet. Der Spielplan der kommenden Spielzeit verspricht schon viel, und ein Blick auf den Leiter und die Kräfte sagt uns, daß unser Lübecker Stadttheater auch in diesem Winter mit Ehren bestehen wird. —

Wenn wir uns in unserer Stadt umsehen, so locken überall an jedem Abend Vergnügungsstätten. Manche sind so niederer Art, daß sie nicht erwähnenswert sind. Aber mit schreienden bunten Plakaten locken andere: Kinos und Varietes. Ueber das gute Kino habe ich vor kurzem an dieser Stelle geschrieben. Es verdient unsere Unterstützung. Aber gesagt muß es nochmals werden: wieviel sauer verdiente Groschen bringt unsere Jugend ins Schundkino! Und was bringen die Besucher mit nach Hause? — Nichts. Ein Abend, der gewinnbringend hätte werden können, wurde unnütz vertan. Und doch braucht unsere vorwärts strebende Arbeiterjugend jeden Tag, jeden Abend so bitter not für ihre Weiterbildung. Die Volksschule konnte gerade für die Kunsterziehung bisher so wenig tun. Und die jungen Menschen, die sich bemühen, diese Lücke auszufüllen, werden unendlich viel Freude ernten.

Unser Theater ist auch für euch da!

Das Theater unserer Stadt ist kein Geschäftstheater, in dem nur „Stoff" geboten wird, der Geld einbringt, und das dem Schundkino wenig nachgibt. Seht den Spielplan durch, und ihr findet neben den Meisterwerken des Schauspiels und der Oper auch neuere gute Stücke, ja, eine Reihe von neuesten Bühnenwerken wird auf unseren Brettern die Uraufführung erleben.

Unser Theater will nicht Unterhaltungsstätte sein. Es ist eine Kunststätte, ein Ort edlen Vergnügens, wahrhafter Erbauung, lebhafter Anschauung und unaufdringlicher, aber umsomehr ausgezeichneter Belehrung. Wie viele Künstlerhände müssen sich regen, um eine gute Aufführung zustande zu bringen, werden doch auch die alten Klassiker immer wieder im neuen Gewande dargestellt. Regisseur und Theatermaler arbeiten Hand in Hand, um neues Vollkommeneres zu schaffen. Die Zuschauer haben so den Genuß, auch die moderne Bühnenmalerei kennen zu lernen, die heute ein wichtiger Zweig der Bühnenkunst ist. So verspricht die vor uns liegende Spielzeit viel Gutes.

Lübecks Bevölkerung hat nun die Aufgabe, unser Theater zu unterstützen, und auch die Arbeiterjugend darf dabei nicht fehlen.

Man wende nicht ein, die Preise seien zu hoch. Sie sind niedrig im Verhältnis zu anderen Vergnügungen, mit denen der Besuch unseres Theaters nicht verglichen werden darf. Und wir haben eine Volksbühne. Wer nicht alle Vorstellungen der letzteren besuchen kann, hat doch die Möglichkeit, sich mit einem Freunde eine Karte zu teilen. Und wird auch das wirklich noch zu kostspielig, so mögen mehrere Freunde teilhaben. Aber verzichtet nicht ganz auf den Besuch des Theaters!

„Die menschliche Natur erträgt es nicht, ununterbrochen und ewig auf der Folter der Geschäfte zu liegen. Der Mensch, der langen Anstrengung müde vom ewigen Triebe nach Tätigkeit gequält, dürstet nach besserem, auserlesenem Vergnügen, oder stürzt sich zügellos in wilde Zerstreuungen, die seinen Hinfall beschleunigen und die Ruhe der Gesellschaft zerstören. Die Schaubühne ist eine Stiftung, wo sich Vergnügen mit Unterricht, Ruhe mit Anstrengung, Kurzweil mit Bildung gattet." (Schiller.)

Ernst Schermer.

Verein „Arbeiterjugend".

Monatsprogramm für September:

Abt. Holstentor:

Mittwoch, 3.: Monatsbesprechung.
Sonntag, 7.: Wanderung nach dem Dummersdorfer Ufer. — abends: Reigenabend.
Mittwoch, 10.: Vortrag von Gen. Jahnke über Heinrich Heine.
Sonntag, 14.: Plattdeutscher Abend.
Wanderung nach Scharbeutz-Klingenbergschenke.
Mittwoch, 17.: Vortrag von Gen. Schuster über die deutsche Revolution.
Mittwoch. 24.: Vortrag von Gen. Mehrlein über Polizeiwesen.
Sonntag, 28.: Wanderung ins Landheim. — Abends: Tisch- und Brettspiele.

Abt. Stadt:

Mittwoch 3.: Vortrag: Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Ref.: Gen. Schuster.
Sonntag, 7.: Monatsbesprechung.
Mittwoch, 10.: Vortrag: Schönheit und Körperpflege. Gen. Bockholdt.
Sonntag, 14.: Wanderung nach dem Kannenbrock. — Abends: Reigenübungsabend.
Mittwoch, 17.: Vortrag: Schönheit und Körperpflege. (Fortsetzung.)
Sonntag, 21.: Abends: Elternabend.
Mittwoch, 24.: Vortrag: Gymnastik. Ref. Gen. A. Zöpke.
Sonntag, 28.: Duwenester Moor. — Abends: Humoristischer Abend.

Für Stadt und Holstentor: Jeden Donnerstag: Spiele auf Buniamshof!

Abt. Marli:

Mittwoch, 3.: Vortrag: Christliche Jugendbewegung und Arbeiterjugendbewegung. (Religion und Sozialismus.) Ref. Gen. W. Münstermann.
Freitag, 5.: Funktionärsitzung.
Sonntag, 7.: Fahrt nach Segeberg: ab Sonnabend 6,30 Heim. Sonntag-Wanderung in die Heide. Ab: 6 Uhr morg. und 2½ Uhr nachm. — Abends 8 Uhr: Liederabend auf dem Hof (Einüben von Marschliedern!)
Mittwoch, 10.: Monatsversammlung.
Freitag, 12.: Mädelabend. Vortrag des Gen. H. Stegmann: „Die Mädel in der Arbeiterjugendbewegung."
Sonntag, 14.: Landheim, ab 8 Uhr Sonnabend und 6 Uhr Sonntag morg. — Abends: Volkstanzabend.
Mittwoch, 17.: Vortrag: Jungs und Mädels in unserer Bewegung. Ref. Gen. Stegmann.
Freitag, 19.: Mädelabend: Diskussion über die Vorträge vom Freitag und Mittwoch
Sonntag, 21.: Abends 8 Uhr: Anti-Kriegs-Abend.
Mittwoch, 24.: Vortrag: „Wir und die Rauschgifte." Ref. H. Hellwig.
Freitag, 26.: Wanderkommission.
Sonntag, 28.: Landheim. 2. Gruppe. Abmarsch wie am 14. — Wanderung in die Heide. Ab: 2 Uhr Heim — Abends 8 Uhr: Heinrich-Heine-Abend.

Montags und Donnerstags: Spiele im Freien (Exerzierkoppel)

Kindergruppe der Abt. Marli: Die Kindergruppe kommt Sonntags und Mittwochs zusammen.

Mittwochs von 5½—7 Uhr. Sonntags von 4—7 Uhr.

Jungsozialistische Vereinigung.

Montag, 1.: Der Parteiversammlung wegen fällt die Zusammenkunft aus.
Montag, 8.: Vortrag des Gen. Weiß.
Montag, 15.: Vortrag des Gen. Dreger: „Das Sachverständigen-Gutachten und die Arbeitnehmerschaft."
Montag, 22.: Vorlesung.
Montag, 29.: Mitgliederversammlung.

Die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft beginnen Mitte September. Näheres wird noch mitgeteilt.

Gemeinsame Veranstaltung:

Sonntag, den 21. September: Teilnahme an der Friedenskundgebung der Gewerkschaften.

Maßnahme, diesen Schaden für die Zukunft zu verhüten, um dadurch den schwer darniederliegenden Ausfuhrhandel wenigstens durch die jetzigen Reichsfarben nicht mehr zu leiden zu lassen."

So versucht ein übermütiges Unternehmertum die Arbeitnehmer zu willenlosen Werkzeugen in seiner Hand zu machen. Für jeden freien Menschen ergibt sich aus solchen Erscheinungen von selbst die Pflicht, sich zur gemeinsamen Abwehr gegen solche Versuche der Verkümmerung menschlicher Rechte in den Organisationen zusammenzuschließen.

Erkenne jeder seine Pflicht.

Arbeiterschaft und Sport.

Wer das öffentliche Leben mit all seinen uns aufdrängenden Erscheinungen aufmerksam beobachtet, muß erkennen, daß die Sportbewegung auch für die Arbeiterschaft eine beachtenswerte Bedeutung erlangt hat. Die Zeit ist endgültig vorbei, in der es ein besonderes Vorrecht der sogenannten Gebildeten war, infolge mangelnder und nutzbringender Beschäftigung sich zum Zeitvertreib sportlich zu betätigen. Große Teile der werktätigen Bevölkerung haben erkannt, daß sie in erster Linie berechtigt, ja im gesundheitlichen Interesse sogar verpflichtet sind, durch vernunftgemäße Leibesübungen die Schäden wieder auszugleichen, die infolge beruflicher Tätigkeit entstehen. Die morderne Produktionsweise mit ihrer bis ins kleinste spezialisierten Arbeitsmethode verurteilt immer größere Massen zu völlig einseitiger und mechanischer Tätigkeit. Die hygienischen und sozialen Errungenschaften der organisierten Arbeiterschaft werden durch das enge Zusammenpferchen großer Arbeitermassen in luft- und lichtarme Fabrikräume illusorisch gemacht. Diesen verheerenden Einflüssen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse muß die aufgeklärte Arbeiterschaft entgegenwirken, um das einzige Kapital des Arbeiters, die Arbeitskraft, möglichst lange zu erhalten und zu festigen. Der heute auch von der Arbeiterschaft ertönende Ruf nach ausgleichender körperlicher Bewegung im Freien dürfte demnach seine volle Berechtigung haben.

Die Arbeitersportbewegung kann und wird richtunggebend sein für eine der Arbeiterschaft würdige Art sportlicher Betätigung. Nicht das Heranzüchten besonders veranlagter Einzelpersonen zu Rekordhelden kann und darf unser Ziel sein, sondern die harmonische Ausbildung und Erziehung der Masse muß bestimmend sein für unser Wirken in sportlicher Beziehung. Wenn wir heute die Jugend auf den Sportplätzen sich tummeln sehen, dann sollen wir den Drang nach Licht, Luft und Sonne erkennen, der sie hinaustreibt aus den Mietskasernen und der Enge der Großstadt. Jede Stunde auf dem Sportplatz bedeutet für den jungen Menschen einen Gewinn. Die natürliche Lust und Freude an der körperlichen Bewegung, sowie die erkennbare Gewandtheit und jugendliche Elastizität der Muskel sind für die späteren Jahre des Menschen wertvolle Aktivposten in gesundheitlicher Beziehung.

Organisiere Dich und interessiere Dich für Deine Gewerkschaft, wenn Du geachtet und gewappnet sein willst.

Doch nicht nur die Jugend soll ihren Körper schätzen und schätzen lernen, auch dem älteren Arbeiter ist in den Arbeiterturn-, Schwimm- und Sportvereinen Gelegenheit geboten, seinen Neigungen entsprechend Leibesübungen zur Gesunderhaltung zu betreiben.

Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist der Sportbewegung heute die ernsteste Beachtung zu zollen. Zur Begründung für diese Ansicht seien nur die in den letzten Jahren von großen Industrie- und Handelsunternehmungen geschaffenen Geschäftssportmannschaften angeführt. Wer die Art der Gründung und Erhaltung dieser Mannschaften kennt, dem müssen Bedenken wegen der oft weitgehenden finanziellen Unterstützung seitens der Unternehmer aufsteigen. Jedem freien Gewerkschafter dürfte es klar sein, daß die Mitglieder derartiger Geschäftsmannschaften in ein ganz zweifelhaftes Abhängigkeitsverhältnis ihren Vorgesetzten und Chefs gegenüber kommen. Unser modernes Unternehmertumm ist sich seines Tuns sehr wohl bewußt und man weiß in diesen Kreisen genau, daß die für Erhaltung der Sportmannschaft verausgabten Gelder wieder reichliche Zinsen einbringen in anderer Form. Es dürfte einleuchten, daß nach dieser Richtung hin die Geschäftsportmannschaften für die Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Gefahr bedeuten.

Für freigewerkschaftlich organisierte und klassenbewußte Arbeiter, Angestellte und Beamte können zur Ausübung von Sport nur die Arbeitersportvereine in Frage kommen, weil eben diese im Gegensatz zu der gesamten bürgerlichen Sportbewegung die Ziele und Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung anerkennt und mit zu erreichen bestrebt ist. Im weiteren Gegensatz zu den bürgerlichen Sportvereinen steht die Arbeitersportbewegung bekenntnismäßig auf dem Boden des Klassenkampfes und des offenen Bekenntnisses zur Republik. Bei jeder Gelegenheit wollen wir freudig dieses Bekenntnis nach außen hin bezeugen. Wurde doch der Arbeiterschaft erst durch die Staatsumwälzung von 1918 der Weg freigemacht, sich unter Gleichgesinnten, frei von den früheren behördlichen Schikanen und Niederträchtigkeiten sportlich zu betätigen. Wenn heute noch in den bürgerlichen Sportvereinen und Geschäftsmannschaften eine große Anzahl unserer Klassengenossen Mitglieder sind, dann ist das eine direkte Beschämung der Gesamtarbeiterschaft. Jetzt, wo die kapitalistischen Kreise mit aller Macht versuchen, den Achtstundentag gänzlich zu beseitigen, nimmt die Arbeitersportbewegung in Gemeinschaft mit den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung den Kampf gegen reaktionäre Arbeitsbedingungen mit aller Schärfe auf. Wir wissen, daß längere Arbeitszeit Kürzung der Freizeit bedeutet und daß damit die Beschränkung sportlicher Erholung verbunden ist. Die Arbeitersportler finden sich auch bewußt, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterschaft in dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gipfeln muß, und wir glauben, daß, je mehr wir die Klassengenossen mit dem Verlangen nach Licht, Luft und Sonne erfüllen, je mehr wir die Arbeiterschaft von der Wohltat geregelter Leibesübungen überzeugen, desto stärker deren Ruf nach besseren Lebensbedingungen mit erschallen wird, weil sie dann den Mangel an Zeit vielmehr empfinden als diejenigen, die nach der täglichen Arbeit keine edleren Bedürfnisse haben. Hiermit erhält die Arbeitersportbewegung ein Stück wirtschaftlich-politische Bedeutung und der Ruf nach gesundem Sport und Körperpflege ist im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung nur zu begrüßen.

K. L., Hamburg.

*

Anmerkung der Schriftleitung: Wir entnehmen diese beachtlichen Aeußerungen eines Hamburger Sportgenossen der Festschrift des Hamburger Ortsausschusses, welche derselbe zu seinem Fest der Arbeit herausgegeben hat. Wir bitten sowohl alle Gewerkschafts- wie Sportgenossen, die Lehren dieses Artikels zu beherzigen.

Den Gleichgültigen!

Was winselt ihr und lamentiert,
daß jetzt die Zeiten gar so schlecht —
da ihr doch keinen Finger rührt
zum Kampf für unser gutes Recht.

Klimbim und Blödsinn macht ihr mit
und hocht und hurrat frisch drauflos;
sonst aber tut ihr keinen Schritt
und legt die Hand feig in den Schoß.

Noch keinen Stein trugt ihr herbei,
mit uns verejnt, zu Schutz und Wall.
Warum denn jetzt die Flenneret,
das feige Winseln überall?

Wie könnt ihr jammern ob dem Joch,
dem ihr doch nicht zu Leibe geht?
Wo wollt ihr ernten, wo ihr doch
noch nie habt Körner ausgesät?

Ihr zeigt nicht Scham, ihr zeigt nicht Mut,
wie man auch immer euch geweckt,
und bleibt zurück in sich'rer Hut,
bis wir den Tisch für euch gedeckt.

Nein, wahrlich, wenn wir selber nicht
dabei mit litten große Not —
ich wünschte länger noch die Schicht
und kärger noch für euch das Brot!

(Wir entnehmen das kleine Gedicht von Bruno Gundermann dem „Deutschen Landarbeiter"; es trifft alle Unorganisierten.

Literaturübersicht

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Von der neuen Monatsschrift des ADGB. ist das erste Heft erschienen. Es enthält folgende Aufsätze: Lothar Erdmann: Der Weg der Gewerkschaften, Fritz Tarnow: Wandlungen im Tarifswesen, Prof. Dr. Lujo Brentano: Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensdiktat, Theodor Leipart: Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung, Carl Mennicke: Die Kulturbedeutung des Achtstundentages, Franz Spliedt: Der Ausbau des Arbeitslosenschutzes, Martin Wagner: Gemeinwirtschaftspolitik. Die Schrift erscheint zunächst einmal monatlich, und zwar immer am 15. d. Mts. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,40 Mark, Einzelheft 1 Mark, für Mitglieder 80 Pfennig. Bestellungen im Sekretariat des ADGB., Johannisstraße 48 pt.

Verantwortlich A. Dreger, Lübeck.

Beilage des „Lübecker Volksboten"

Der Ortsausschuß

Offizielles Mitteilungsblatt des A. D. G. B., Ortsausschuß Lübeck

Nummer 7 — Mittwoch, den 27. August 1924 — 2. Jahrgang

Mitteilungen des Ortsausschusses

Die Beiträge für den Ortsausschuß sind sofort beim Kassierer abzuliefern. Gewerkschaften, die in Zukunft in der Ablieferung der Beiträge säumig sind, werden im Ortsausschuß an ihre Pflicht erinnert, nicht nur die Beiträge zu zahlen, sondern dieselben rechtzeitig abzuliefern.

*

Meldungen zur Teilnahme an einem Esperanto-Kursus werden im Sekretariat entgegengenommen.

*

In der Woche vom 31. August bis 6. September findet eine gewerkschaftliche Werbewoche statt. In dieser Zeit ist es doppelte Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, für seine Organisation zu werben und zu wirken. Der Vorstand appelliert an die Arbeits- und Werbefreude aller Gewerkschaftsgenossen und -genossinnen.

*

Die Betriebsrätevollversammlung findet in der nächsten Woche statt. Nur mit Ausweis 1924/25 versehene Betriebsräte haben Zutritt. Nähere Bekanntmachungen erfolgen in der Tagespresse.

*

Die Gewerbekammer ladet die Vorstände des A. D. G. B. zu einem am 29. August, abends 8 Uhr, in der Aula des Johanneums stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. ing. Friedrich über „Die Grundlagen der Menschenwirtschaft" ein. Wir ersuchen die Vorstände um rege Beteiligung.

Der Vorstand.

Die Bildungsarbeit der Gewerkschaften

Ein Rück- und Ausblick.

Von Hans Ahrenholdt. *)

I.

In die Mitte des vorigen Jahrhunderts fällt die Zeit der Ansätze der modernen Gewerkschaftsbewegung. Der junge Kapitalismus dehnte sich aus. Tat wie jedes Neue ein paar tapsige Schritte, stolperte, unter sich bekommend industrielle Neugründungen. Die ersten Erschütterungen vergingen. Ohne daß sich der Kapitalismus in seinem Grundelement, nämlich der liberalen Wirtschaftsweise, behindert sah. Die Zahl der Industriearbeiter wuchs. Und mit ihrem Anwachsen eine Unzufriedenheit. Noch lebte der Schwur von 48, noch war in den Herzen und Hirnen Geist der Freiheit! Mehrere Male war des großen Herolds Lassalles Ruf erklungen. Der Erfolg im erhofften Sinne war ausgeblieben.

Zu jener Zeit organisierten die freisinnigen Kreise die Arbeiter in den sogenannten Arbeiterbildungsvereinen. Sie waren die eigentlichen Wurzeln der späteren Gewerkschaftsbewegung. Was hat man in den Vereinen den Arbeitern? Fach-, Literatur-, Kunst-, Musik- und naturwissenschaftliche Vorträge. Das Ziel war, das Bildungsniveau der arbeitenden Klasse zu heben.

Soweit von einer Tendenz in politischer und wirtschaftlicher Beziehung gesprochen werden kann, waren die Vereine liberal und wirtschaftsfriedlich. Die führenden Köpfe stammten aus Politiker- und Gelehrtenkreisen. Aber auch der Unternehmer war unter den „Förderern" der Arbeiterbildung vorzufinden. Die erste bedeutende Organisation dieser Art war der „Zentralverein zur intellektuellen Hebung der unteren Klassen". In Berlin im Jahre 1844 gegründet. 1849 bestanden 66 Vereine auf liberaler Grundlage. Und im Jahre 1869 kamen noch 159 neugegründete hinzu. Die Erörterung sozialer und wirtschaftlicher Fragen wurde nach Möglichkeit vermieden. Wirtschaftliche Interessen der Arbeiter sollten lediglich den Genossenschaften obliegen.

Doch bald schlug die Todesstunde der Vereine. Zu stark war bereits die soziale und wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiter vor sich gegangen. Hier und dort flackerte der Klassenkampfgedanke! Die Vereine wurden trotz ihres jungen Alters innerlich morsch und faul. Die Zeitwelle ging über sie hinweg!

Auf dem Nürnberger Vereinstag im Jahre 1868 wurde beschlossen, das Programm der von Marx gegründeten „Internationalen Arbeiterassoziation" anzunehmen und zentralisierte Gewerkgenossenschaften zu bilden. Vergebens wehrten sich die Professoren und Politiker des Liberalismus. Bebels Einfluß hatte sich bemerkbar gemacht!

In der Begründung des Antrages der Umstellung hieß es:

„Was nützt dem Arbeiter die gediegenste Schulbildung, wenn er sie nicht in diesem Kampf zu verwerten versteht".

Ueber die weiten Gefilde der deutschen Arbeit brauste der Ruf vom Kampf der Klassen!

Den anderen Grundpfeiler der aufstrebenden Arbeiterklasse bildete ihre politische Organisation. Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bekamen vor Bildungsfragen soziale und wirtschaftliche Probleme erste Wertung. Die Lassalleaner lehnten aber die gewerkschaftliche Tätigkeit ab. Fest glaubend an die Richtigkeit des ehernen Lohngesetzes Ricardos. Nach dem Tode des großen Agitators fand die wirtschaftliche Seite bereiten Boden zur Aufnahme der Ideen der berufsständischen Gewerkschaft.

Vor Bebels und Schweitzers Wirksamkeit bestanden bereits Gewerkschaften als Berufsvereine auf örtlicher Grundlage. Die erste Zentralorganisation war der „Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiter-Verein". 1865 folgten auf diesem Wege die Buchdrucker. Im Jahre 1872 versuchte York auf dem Kongreß in Erfurt die Organisierung von Berufsgewerkschaften vollständig unabhängig von politischen Organisationen zu erreichen. Das schlug fehl. Erst 3 Jahre später, nach dem Einigungskongreß in Gotha, verbreitete sich dieser Gedanke.

Und als dann das Sozialistengesetz kam, wars mit allem vorbei. Das Polizeiregiment wütete entsetzlich. Während der 12-jährigen Dauer des Gesetzes hielten sich nur wenige Organisationen aufrecht. Alle anderen, und es waren ihrer viele, lagen wie geknickte zarte Blüten danieder.

Vor dem Haßgesetz Preußen-Deutschlands hatten die freien Gewerkschaften nur 2,5 % der gewerblichen Arbeiter zusammengefaßt. Eine tarif-, lohn- und sozialpolitische Aufgabenerfüllung war auch in dieser Zeit schon vorzunehmen. Wenn auch nicht annähernd in dem heutigen Umfange. Große Bedeutung hatte die Pflege der Kollegialität in den Berufsgewerkschaften. Noch nicht bedeutend in der Anzahl ihrer Mitglieder, waren sie auf eine Werbung angewiesen, wollten sie überhaupt Bedeutung bekommen. Durch Vorträge fachlicher, gewerblicher und unterhaltender Natur, gemeinsame Wanderungen verbreitete sich ein Geist der Solidarität und des Arbeiterbewußtseins, wie er in unserer Zeit so hätternotwendig! Gerüstet mit diesem Zeug haben die Gewerkschaftsarbeiter des vergangenen Jahrhunderts Siege errungen, Leiden getragen. Und bei allen Kämpfen waren Zähigkeit, Opfertreue, Organisationsdisziplin selbstverständliche Dinge. Da läßt es heute manchmal sehr, sehr zu wünschen übrig!

Nach 1890 begann der Neuaufstieg. Mit manchen Gewerkschaften hatte es Schwierigkeiten gehabt, sie wieder in Gang zu bringen. Eiserner Wille schuf es! Die andersgearteten Verhältnisse machten eine Reorganisation der Gewerkschaften notwendig. 1891 zählte man über ½ Million Mitglieder. 5 Jahre später war die erste Million freigewerkschaftlicher Arbeiter bereits überschritten. Mit dem Anwachsen der Mitglieder stieg die Fülle der Aufgaben. Die Organisationsverwaltung wurde immer komplizierter. Organisations- wie Agitationsarbeit ging in die Breite und Weite. Der ehrenamtliche Funktionär wurde vom besoldeten Angestellten abgelöst. Nicht nur Markenkleber wurden notwendig; der in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Be-

*) Ein zweiter Aufsatz folgt in der nächsten Nummer des „Ortsausschuß."

beitersekretariate ging die Not, das graue Elend des Alltags. Der Arbeiterinvalide, die Witwe, der Geschädigte, der Angeklagte und so viele andere kamen — und gingen ihrer Last in den meisten Fällen gemindert. Das Arbeitersekretariat ist das Erzeugnis einer Gewerkschaftsidee, die tatkräftig eingreift, wo es notwendig ist. Der Beweis für die Reife einer Anzahl von intelligenten Arbeitern zu Anwälten der Werktätigen!

Im Jahre 1898 zählten wir 104 besoldete Gewerkschaftsbeamte. Zwei Jahrzehnte später waren es 2332. Die Schulung der Funktionäre wurde immer notwendiger. Oertliche und bezirkliche Bildungsveranstaltungen wurden abgehalten. Vereinzelt wurde die Parteischule in Berlin beschickt. In dem sechsmonatigen Kursus wurden durchgenommen: 1. Nationalökonomie; 2. Rede- und Stilgewandtheit; 3. Zeitungstechnik; 4. Geschichte; 5. Soziologie; 6. Arbeiterrecht; 7 Bürgerliches Recht; 8. Kommunalpolitik; 9. Naturerkenntnis.

Aus Verwickelungen zwischen Partei und Gewerkschaften wurden Unstimmigkeiten. In den Kreisen der Gewerkschaften hatte man für die „parteigenössische Kriegsschule" nicht viel übrig. Die Tendenz der Parteischule war ausgesprochen radikal-marxistisch. Hingegen die Einstellung führender Gewerkschafter „revisionistisch und tarifgemeinschaftspolitisch".

Werbewoche vom 30. Aug. bis 6. Sept.

Denkt an Eure Pflicht Genossen!
Jeder muß seinen Stolz darein setzen
der Gewerkschaft mindestens ein
:-: neues Mitglied zuzuführen. :-:

Nur einig und geschlossen sind wir stark!

Abwärts — aufwärts!

Kaum ein Jahr ist es her.

Eine Lohnerhöhung jagte die andere,

Bevor man jedoch das „viele" Geld erhielt, vergingen Tage, und mit Schrecken stellte man immer und immer wieder fest: „Je mehr man verdiente, desto weniger konnte man sich kaufen." So wie es dem Einzelnen ging, so ging es auch den Gewerkschaften. Fast noch schlimmer.

Ehe die Beiträge erhöht, ehe sie bezahlt waren, verging kostbare Zeit.

Beiträge, die von den Genossen unter den größten Entbehrungen aufgebracht wurden, waren wertlos, wenn sie gebraucht werden sollten.

Wie ein furchtbarer Orkan rüttelte die Inflation an den Grundfesten der Gewerkschaften, und fast schien es, als sollte es ihr gelingen, das Ergebnis jahrelanger opferwilliger Arbeit zu zerstören.

Hinzu kam Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit.

Von vielen Unternehmern wurde ihren jahrzehntelang bei ihnen beschäftigten Arbeitern die Entlassung erteilt.

Alles, aber auch alles schien sich gegen die Gewerkschaften verschworen zu haben.

Man prophezeite ihren Untergang.

Die Unternehmer frohlockten.

Die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften" von den Kommunisten ausgegeben, war ihnen, so schien es, erfolgreiche Hilfe.

Selbst alte überzeugte Gewerkschafter, die trotz all der Not ihre Gesinnung nicht auf dem Altar der russischen Internationale geopfert hatten, befürchteten ernstlich die Zerstörung ihrer Lebensarbeit.

Doch es kam anders.

Wohl ging nicht alles an der Gewerkschaftsbewegung spurlos vorüber.

Es ist aber auch nicht gelungen, nur einen einzigen Stein herauszubrechen aus diesem gewaltigen, mit ungeheuren persönlichen Opfern errichteten Bau. Die Vorgänge im vergangenen Jahre haben die Existenzberechtigung dieser Gewerkschaften glänzend bewiesen.

Und nun geht es wieder aufwärts.

Nicht himmelstürmend, alles irdische niederreißend, sondern mit nüchternem Verstand das Bestehende erfassen, mit geistigen Augen, um das Kommende zu formen zum Wohle der Gesamtheit. Es ist bedeutungslos, an dem Bestehenden Kritik zu üben, wenn der Gedanke fehlt, es mit möglichst geringen Opfern nutzbringend zu verändern.

Revolutionäre Programme haben sich für die Neugestaltung der Wirtschaft stets als unzulänglich erwiesen, wenn sie das Alte stürzen, statt es auszubauen und aus ihm zu lernen.

Gerade die letzten Wochen haben es erwiesen, daß nicht Politik es sind, die das Gleichgewicht zwischen den Völkern herstellen, sondern Wirtschaftler aus aller Welt bestimmen vorwiegend, wie die Geschicke dieses oder jenes Staates gelenkt werden sollen.

Die Unternehmer haben es lange erkannt.

Sie haben ihre wirtschaftliche Macht angewandt auf die Politik, zum Schaden der Arbeitnehmer!

Gewerkschaftsgenossen! Erkennt die Gefahr!

Seid nicht nur denkende Politiker, seid in erster Linie denkende Wirtschafter.

Durch euch, die ihr als Arbeitnehmer die Wirtschaft verkörpert; durch eure Gewerkschaften, die euch vertreten, muß die Politik entscheidend beeinflußt werden!

Dies mit auf den Weg — aufwärts!

Hermann Jntzen.

Steuerfragen.

Dem „Sozialistischen Unternehmer" entnehmen wir folgende beachtliche Steuerentscheidung für den Lohnsteuerabzug:

In zahlreichen Fällen, in denen Arbeiter nur einen Teil der jeweiligen Lohnzahlungsperiode gearbeitet hatten, wurde bei der Lohnzahlung nicht nur die wirklich geleistete Arbeitszeit berücksichtigt, sondern beim Lohnsteuerabzug auch nur der entsprechende Teil der Werbungskosten steuerfrei gelassen. Diese Berechnungsart ist falsch. Insbesondere bei Kurzarbeit ist sie häufig angewendet worden. Neuerdings hat nun das Reichsfinanzministerium wie folgt entschieden: Wenn während der Dauer einer Lohnzahlungsperiode die Arbeit unterbrochen worden ist, der Arbeitnehmer aber doch dauernd und derartig im Dienste eines Arbeitgebers steht, daß seine Arbeitskraft nach dem zwischen ihm und dem Arbeitgeber bestehenden Arbeitsverhältnis dem Arbeitgeber während dieses Zeitraumes dauernd und vollständig oder doch hauptsächlich zur Verfügung steht, so wird der Abzug der Werbungskosten für den ganzen Lohnzahlungszeitraum gewährt, auch wenn der Berechnung des Lohnes nur die wirklich geleistete Arbeit zugrunde gelegt wird. Und diese Bestimmung gilt nicht nur für Kurzarbeit, sondern auch für den Eintritt einer Krankheit, und, wie in einem neuen Erlaß des Finanzministeriums hervorgehoben worden ist, auch für den Streik. Dagegen ist, falls etwa der steuerfreie Betrag bei einer Lohnzahlung nicht oder nicht vollständig berücksichtigt ist, z. B. weil der Lohn für die Woche unter 12 Mk. bleibt, oder weil während der ganzen Woche gestreikt wurde, eine spätere Verrechnung nicht mehr zulässig, weil Werbungskosten nicht entstanden seien, wenn nicht gearbeitet wurde.

Bezüge aus einer Krankenversicherung sind überhaupt steuerfrei. Bezüge aus der Angestelltenversicherung sowie Invaliden- und Unfallrente sind nicht als Arbeitslohn anzusehen und kommen deshalb für das Lohnsteuerabzugsverfahren auch nicht in Betracht, obwohl diese Bezüge an sich steuerbares Einkommen sind. Für das Lohnsteuerverfahren bleiben aber alle auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes gewährten Bezüge steuerfrei.

Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer öffentlichen Stiftung, die als Unterstützung wegen Hilfsbedürftigkeit oder als Unterstützungen für die Zwecke der Erziehung und Ausbildung, der Wissenschaft oder Kunst bewilligt sind, sind ebenfalls steuerfrei. Zu den Unterstützungen wegen Hilfsbedürftigkeit gehören auch die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Steuerfrei bleibt die Erwerbslosenunterstützung selbst dann, wenn sie von einer Arbeitsleistung gemeinnützigen Charakters abhängig gemacht wird. Auch die Heranziehung zu Notstandsarbeiten schafft kein Arbeitsverhältnis, sondern bleibt eine Form der Erwerbslosenfürsorge. Es ist also auch in einem solchen Falle, auch wenn die Arbeiten einem privaten Unternehmer übertragen sind, kein Lohnabzug vorzunehmen.

Arbeitsrecht

Ist ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch ein Tarifvertrag im Sinne der Arbeitszeitverordnung?

§§ 5 und 6 daselbst, §§ 5 Abs. 4 und 6 Abs. 3 der Schlichtungsordnung.

Unter „Tarifvertrag" oder „tarifliche Regelung" im Sinne der §§ 5 und 6 der Arbeitszeitverordnung ist ein Tarifvertrag im Sinne des § 1 der Tarifvertragsverhandlung vom 23. Dezember 1918 zu verstehen. Daß ein Tarifvertrag nicht nur auf Grund freier Verhandlungen der Parteien, sondern auch im Schlichtungsverfahren, sei es durch Einigung der Parteien, sei es durch ihre Unterwerfung unter einen Schiedsspruch, zustande kommen kann, unterliegt keinem Zweifel. Streit besteht nur darüber, ob ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch ebenfalls die vollen Rechtswirkungen einer Gesamtvereinbarung (Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung) hat. Diese Frage ist für das geltende Recht durch Art. 1 § 5 Abs. 4 S. 2, § 6 Abs 3 der Schlichtungsverordnung ist unter „Tarifvertrag" im Sinne der §§ 5, 6 der Arbeitszeitverordnung auch ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch zu verstehen.

(Besch. d. RAM. v. 10. 4. 24 — III B 1038; unveröff.)

Stellung und Praxis des Betriebsrats.

Die Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt veröffentlicht in der Nummer 31 vom 31. Juli den Bericht von der 5. Konferenz für Werkspolitik, die am 13. und 14. Juni in Frankfurt a. M. stattfand. Auf dieser Konferenz die von vielen Großindustriellen persönlich besucht war, ist u. a. auch über das Thema „Stellung und Praxis des Berichts heißt es wörtlich:

„Schomerus referierte über „Stellung und Praxis des Betriebsrats", wobei er interessante Mitteilungen über die Erfahrungen der Werksleitung mit dem Betriebsrat bei Zeiß machte. Zunächst hat sich die Politisierung als gefährliche Störung gezeigt, die aber nur als Kinderkrankheit aufgefaßt werden konnte. Schomerus warnte die Unternehmer davor, ihre augenblickliche Machtposition dazu zu benutzen, um das Betriebsrätegesetz wieder zu schwächen. Was die technische Durcharbeitung des Gesetzes anbelangt, so fehlt ihm der Unterbau, und es ist Aufgabe der Praxis, einen solchen zu schaffen. Die Firma Karl Zeiß hatte schon vor dem Kriege neben dem Arbeiterausschuß eine feinere Unterteilung durch die sogenannten Arbeitervertretungen vorgenommen (auf 15 Arbeiter je 1 Vertreter). Sie verhandeln mit der Leitung über Fragen individueller Art oder solche, die nur eine Abteilung betreffen. Außerdem sind jetzt noch aus 3 bis 5 Personen bestehende Kommissionen gebildet worden, die das Betriebsrätegesetz erst fruchtbar machen. Die wichtigsten sind die Organisationskommissionen, die Anzugs- und Unfallkommission, die Jugendkommission, die Einstellungs- und Entlassungskommission, die Lohn- und Akkordkommission und die sozialpolitische

Unabhängigkeit u. Freiheit

kann sich die Arbeiterschaft verschaffen,
wenn sie restlos ihre Gelder der

Arbeiterbank

der Bankabteilung der G. A.-G. zuführt.
Die Bankabteilung der gemeinnützigen
Arbeitsgenossenschaft befindet sich

Klunckestraße 49/51

Kommission. Letztere hat in der Inflationsperiode Hervorragendes geleistet; auch ist der bereits 1921 gefaßte Entschluß, die Pensionen aufzuwerten, vorwiegend auf die zähe Tätigkeit dieser Kommission zurückzuführen. Arbeiter- und Angestelltenrat bilden gemeinsam die Indexkommission, die die Preise auf dem lokalen Markt festzustellen hat.

Wie weit soll der Betriebsrat von produktiver Arbeit befreit werden? In den großen Werken war es, wenigstens in den ersten Jahren, allgemein üblich, daß der Vorsitzende ganz freigegeben wurde. Es ist jedoch zweckmäßiger, daß er nur etwa die Hälfte des Arbeitstages entlastet wird, sonst entfremdet er sich leicht der Arbeiterschaft und setzt sich mindestens neidischen Angriffen seiner Kollegen aus. Die Firma gewährt jetzt eine Gesamtstundenzahl, die ohne Gegenleistung in Gestalt von produktiver Arbeit entlohnt wird. Sie entspricht zwei vollen Arbeitskräften. Wie diese Stundenzahl auf die einzelnen Mitglieder der Kommissionen usw. verteilt wird, ist Sache der Belegschaft.

Wir können an Hand unserer Erfahrungen die Ausführungen des Schomerus nur unterstützen, wenn er die Arbeitgeber warnt, die augenblickliche Machtposition zur Schwächung des Betriebsrätegesetzes zu benutzen. Zum andern aber möchten wir doch unsere Bedenken zum Ausdruck bringen, wenn die Unternehmer glauben, durch Einsetzung von Kommissionen, wie Organisationskommission, Anzugs- und Unfallkommission, Jugendkommission, Einstellungs- und Entlassungskommission, Lohn- und Akkordkommission und die sozialistische Kommission, das Betriebsrätegesetz nicht abzuschwächen. Was man auf der einen Seite nicht will, die Abschwächung des Betriebsrätegesetzes, das wird man durch die Einrichtung derartiger Kommissionen erreichen. Praktisch bedeutet es nichts anderes als Ausschaltung des Betriebsrates. Durch die Tätigkeit dieser Kommission verliert der Betriebsrat die Uebersicht über die Betriebsverhältnisse und wird zur Untätigkeit verurteilt. Er bleibt nur noch als Dekorationsparlament bestehen. Erfolgreiches und praktisches Arbeiten eines Betriebsrates ist denkbar, wenn der Betriebsrat eine vernünftige Arbeitseinteilung innerhalb seiner Körperschaft vornimmt. Reicht die Personenzahl zur Bildung von arbeitsfähigen Kommissionen nicht aus, so ist der Arbeiter- respektive Angestelltenrat zur Erweiterung heranzuziehen. Sollten aus dem Betriebe oder den Be-

so kann das nur unter dem bei jeder Neuwahl aufgestellten Grundsatz erfolgen, daß nur die Fähigsten berufen sind, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Die Bildung der von Herrn Schomerus propagierten Kommissionen hat noch eine bedenkliche Schattenseite, und zwar die des Betriebs- und Abteilungsegoismus.

Betriebs- und Abteilungsegoismus führt innerhalb eines Betriebes zur Korruption und stört die Solidarität innerhalb der Arbeitnehmerschaft.

Da der Betriebsratvorsitzende nach dem BRG. verantwortlich gegenüber dem Arbeitgeber und den Behörden ist, so müssen alle Fäden im Betriebsrat zusammenlaufen, damit dem Betriebsrat eine Stellungnahme zu allen Betriebsangelegenheiten möglich ist.

Eine Freistellung des Betriebsratsvorsitzenden von produktiver Arbeit ist von seiten der Arbeitnehmer grundsätzlich nicht erhoben worden. Die Freistellung richtet sich nach der Größe des Betriebes und der Betriebsverhältnisse. Jedenfalls muß aber dem Betriebsratsvorsitzenden respektive seinem Stellvertreter so viel freie Zeit zur Verfügung gestellt werden als er braucht, um alle Obliegenheiten erledigen zu können. Wenn die Firma Zeiß mit der Errichtung von Kommissionen gute Erfahrung gemacht hat, so wollen wir auch nicht bestreiten. Wir wissen aber, daß das Organisationsverhältnis der Arbeitnehmer bei dieser Firma kein besonderes ist. Und weil wir ferner wissen, daß die Arbeitgeber mit allen Mitteln bestrebt sind, die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu durchbrechen und die Abschließung individueller Arbeitsverträge anstreben, so muß die Arbeitnehmerschaft vor solchen Bestrebungen der Unternehmer gewarnt werden. Besonders gekennzeichnet werden die letzten Ausführungen durch die Schrift des Herrn Borsig, Heft 4, „Industrie und Sozialpolitik, in den Abschnitten Tarifpolitik und Lohnpolitik.

Den Arbeitnehmern kann nur immer wieder gesagt werden, die beste Hilfe gegen die Angriffe des Unternehmertums ist die Selbsthilfe, durch feste gutdisziplinierte Gewerkschaften, die sich in den Betrieben auf verantwortungsvolle Betriebsvertretungen verlassen können. Den besten Schutz der Arbeitnehmer in den Betrieben stellt die Betriebsvertretung dar, getragen von dem Vertrauen einer gut organisierten Arbeitnehmerschaft.

Darum werbt für die freie Gewerkschaft. Stärkt ihre Reihen. Wählt überall Betriebsvertretungen.

Die freie Gewerkschaft Hamburg.

Wirtschaftsübersicht

Wie zu erwarten, hat der Juli eine starke Zunahme der Konkurse gebracht. Die Zahlen des statistischen Reichsamtes geben ein ziemlich klares Bild, in welchem Maße die Produktion und der Handel von zwangsmäßigen Zahlungseinstellungen betroffen wurden. Im nachstehenden einige Zahlen. Gegenüber dem Juni ist eine Verdoppelung zu verzeichnen. Diese rapide Steigerung ist dadurch zu erklären, daß eine große Anzahl von Firmen, die vorher unter Geschäftsaufsicht standen, infolge weiteren Anhaltens der Wirtschaftskrise dem Konkurs nicht entgehen konnten. Außerdem kommen noch die verschärften Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht hinzu, die den wirtschaftlich kranken Unternehmungen noch schneller den Todesstoß versetzten.

Die höchste Konkurszahl hat der Warenhandel aufzuweisen, und zwar stieg sie hier von 278 im Juni auf 501 Konkurse im Juli.

Daneben steht an zweiter Stelle die Industrie mit 330 Konkursen im Juli gegenüber 150 im Juni.

Bemerkenswert ist auch die gewaltige Steigerung der Bankkonkurse die sich vom Monat Juni bis Juli verzehnfacht haben, und zwar von 2 auf 29. Ein Beweis dafür, wie durch die stabilen Währungsverhältnisse — abgesehen von der herrschenden Wirtschaftskrise — sich endlich eine Bereinigung des Bankgewerbes vollzieht, das damals auf dem Sumpfe der Inflation die üppigsten Blüten getrieben hatte.

Die Konkurse in der Landwirtschaft stiegen von 9 im Juni auf 12 im Juli. Diese Zahlen geben jedoch kein genaues Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft, da in den genannten Ziffern auch die Forstwirtschaft, Tierwirtschaft und Gärtnerei einbegriffen ist.

Aus dem Unternehmerlager

Politische Verwertung von Angestellten.

Die Direktion der „Süddeutschen Telephonapparate-, Kabel- und Drahtwerk-A.-G. in Nürnberg hat ein Verfahren zur politischen Verwertung der Angestellten ersonnen, das ingenös genannt werden müßte, wenn es nicht vor allem etwas ganz anderes wäre. Sie hat in ihrem Betriebe, wie sie öffentlich bekennt, die Angestellten aufgefordert, sich unterschriftlich für die Durchführung eines Volksbegehrens auf Einführung der Flagge Schwarz-weiß-rot zu erklären, und begründet das folgendermaßen: „Die Abschaffung dieser Fahne hat dem deutschen Ueberseehandel unendlichen Schaden gebracht, es ist daher eine geschäftlich gebotene